Einzelnummer 25 Pfg.

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 8. I. Jahrg. | Agrarbeilage zur „Schlesischen Arbeiterzeitung" | 15. Oktober 1921

An die Bauern und Landarbeiter Westeuropas!

Brief eines russischen Bauern aus dem Hungergebiet.

Genossen der kornreichen Gebiete und Länder, Brüder und Bauern, an Euch wenden wir uns: Gebt uns Brot! Wir sterben Hungers, an der Schwelle der Befreiung der Menschheit von der Unterdrückung, Sklaverei und Unwissenheit.

Gegenwärtig nähren wir uns von Unkraut, Melden, Eicheln, wir sterben Hungers. Teilt mit uns die Ueberschüsse des Getreides, das Ihr geerntet habt. In unserm Gebiete ist Mißernte, die Roggenernte beträgt kaum ein Drittel der Aussaat. Gebt uns wenigstens einige Pfunde, damit wir die Felder besäen können. In der Zukunft werden wir Euch das hundertfältig bezahlen.

Genossen! Bauern! Ihr habt eine reiche Ernte gehabt, seid Brüder, helft uns in dieser schweren Stunde, die wir durchleben. Strengt alle Kräfte an und erweist uns die Hilfe, die wir stündlich erwarten.

In unserer Gegend hört man die Schreie der vor Hunger sterbenden Menschen, das Weinen der Kinder: „Mutter, ich will essen." Die Mutter verzweifelt beim Anblick der hungernden und weinenden Kinder. Bei uns ist auf Schritt und Tritt Hunger, und wir haben doch noch Sommer, später aber wird der Herbst, der Winter, der Frühling kommen. Alles Eßbare haben wir verzehrt, wir haben alles Vieh, Pferde, Kühe, Schafe, Ziegen und Hühner verzehrt.

Hier herrscht überall Tod. Wir sind ebenso wie Ihr Menschen, wir hoffen, daß unsere Seufzer und Schreie der Sterbenden von Euch gehört werden und Ihr uns vom Hungertode rettet. Wie ist das Bild, das sich vor Euch enthüllt? Ihr werdet ein erschütterndes Bild des Hungers sehen, Ihr werdet ganze Scharen hungriger Menschen sehen, die weinen und schreiend ihre abgemagerten Hände nach einem Stückchen Brot ausstrecken.

Entschuldigt, Brüder, daß ich nicht so glatt schreibe, wie ein Gelehrter. Ich beschreibe aber das Bild, das wir Bauern nicht nur vom Anschauen kennen, das wir mit erleben. Genossen! Bauern! Wir bitten Euch, führt so schnell wie möglich in euren kornreichen Gegenden die Sammlungen durch. Dadurch werdet Ihr die hungernden Gebiete und Gouvernements, dadurch werdet Ihr uns retten.

M. A. Kosewejlow,
Bauer des Gouv. Wjatka, Kr. Urshumsk, Petrowsche Gemeinde, Dorf Wetlushkaja.

Die deutsche Ernte 1921.

A. Fr. Bekanntlich ist die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland seit Kriegsbeginn um etwa die Hälfte zurückgegangen. Schuld daran ist einzig und allein der kapitalistische Charakter der heutigen Wirtschaft. Der Junker hat nicht Interesse daran, daß möglichst viel wächst, sondern lediglich daran, daß er möglichst viel verdient. Geringe Produktionskosten — hohe Preise: das ist die Parole; geringe Produktionskosten — d. h. geringe Mengen Dünger, keine neuen Maschinen, niedrige Löhne, höchstmöglichste Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft des Landproletariats, lieber Viehwirtschaft als kostspieliger Ackerbau. Anders beim kleinen und mittleren Bauern, der in dieser Weise „Ersparnisse" nicht machen kann. Er würde verhungern, wollte er nicht immer wieder unter Anwendung seiner eigenen ganzen Arbeitskraft das Meistmöglichste aus seinem Stück Ackerland herausholen.

Trotz der hochtrabenden Versprechungen der Junker ist es auch in diesem Jahre nicht anders gewesen. Das zeigen vor allem die Indexziffern, die soeben vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht werden. Man baute in Deuschland — und zwar in Deutschlands verkleinertem Umfange ohne Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen usw. — in 100 ha an:

	1913	1920	1921
Weizen	1686	1381	1442
Roggen	4328	4325	4297
Winterspelz	271	159	150
Sommergerste	1382	1198	1139
Hafer	3975	3244	3190
Kartoffeln	2887	2459	2679
Baut. u. Ackerweid.	1146	1395	1316
Wiesen	5373	5464	5464
Viehweiden	2294	2494	2502

Wir sehen also, daß vom Hackfruchtbau und auch vom Weizen abgesehen, die Anbaufläche für Nahrungsmittel weiter abgenommen hat. Weiter gewachsen ist dagegen die Fläche der Wiesen und Weiden; auch das Brachland ist nicht wesentlich gestiegen als im vergangenen Jahr und immer noch bedeutend umfangreicher als 1913. Alles das ist ein Beweis der zunehmenden extensiven Betriebsführung auf den großen Gütern, nämlich der Rückgang des Ackerbaues zugunsten des wenig kostspieligen und doch rentablen Viehweidebetriebes.

Daß die Indexziffern dieses Jahres dennoch etwas geringer sind als im vergangenen Jahr, ist nicht etwa einem größeren Verbrauch von Kunstdünger zuzuschreiben, sondern das verdanken die Junker lediglich dem lieben Gott. Er hat ein so wunderbares Wetter gemacht, daß aus vielen Gebieten Deutschlands wahre Rekordernten gemeldet wurden. Es wurden insgesamt geerntet (in 1000 Tonnen):

	1913	1920	1921
Weizen	4061	2255	2663
Roggen	10220	4972	6608
Winterspelz	438	179	203
Sommergerste	3052	1800	1793
Hafer	8718	4870	4716

Was diese Zahlen vor allem zeigen, das ist die Tatsache, daß im Durchschnitt trotz des prächtigen Erntewetters der Ernteertrag um etwa 40 Prozent hinter dem von 1913 zurückbleibt. Die Folge davon ist nicht nur die weit geringere und schlechtere Belieferung der städtischen Arbeiter mit Lebensmitteln aller Art, nicht nur die namenlose Teuerung, sondern ist auch die wachsende Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande. An Brotgetreide, Mehl, Kartoffeln, Fleisch und Fett müssen heute weit größere Mengen eingeführt werden als im Frieden.

Diese Einfuhr kostet Milliarden und Abermilliarden. Die wachsende Geldentwertung hängt u. a. auch mit dieser Einfuhr zusammen. Der Wahnsinn, in steigendem Maße Lebensmittel zu unerschwinglichen Preisen einzuführen, statt den heimischen Boden voll auszunützen, statt ihm Volldüngung zu geben, statt ihn mit Maschinen aller Art zu bearbeiten, statt erwerbslose Arbeiter von den Gutsbetrieben fernzuhalten, ja sogar ständig die Zahl der beschäftigten Landarbeiter zurückzuschrauben, dieser Wahnsinn wird so lange andauern, als die Junker, ebenso wie die Schlotbarone in der Industrie, die Landwirtschaft betreiben dürfen lediglich nach den Interessen ihres Geldsacks.

Was kann da helfen? Warum sieht die Regierung tatenlos zu? Warum erzwingt sie nicht, daß alles Ackerland bebaut und gedüngt wird? Warum verhindert sie nicht, daß ein großer Teil der prächtigen Kartoffelernte im Boden verfault? Und daß Massenaufkäufer die Kartoffeln oder das Getreide wegkaufen und die Preise noch mehr in die Höhe schrauben?

Sie tut nichts, weil sie abhängig ist von den Kapitalisten in der Stadt und auf dem Lande. Die breite Masse der werktätigen Bevölkerung ist auf sich selber angewiesen, wenn sie diesem Wahnsinn ein Ende machen will. Die Landarbeiter müssen die Bebauung und die nationale Bewirtschaftung allen zur Brache oder Weide gemachten Landes erzwingen, sie müssen die Einstellung aller entlassenen Landarbeiter erzwingen — und

ung

chen Internationale)

Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, ins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. meterzeile, 8gespalten oder deren Raum m Text 8.— Mk.

chisches Chaos.

, die das österreichische Wirtschafts- rtdauer der kapitalistischen Anarchie ichen Abgrenzung des Landes nimmt, bung. Man kann heute nicht mehr : Valuta und einem Emporschnellen en, sondern das, was sich auf beiden d wahre Katastrophen. Von einem lebt unsere Valuta schwerere Ein- kurzem in verhältnismäßig langer llen in Tagen die Preise um höhere isher in Monaten. Wenn das auch weiter geht, stehen wir unmittelbar n Zusammenbruch. In der Bevölke- ffnung auf eine Gesundung unserer wunden. An die sagenhafte Kredit- der man die Bevölkerung eine Zeit- stand, glaubt kein Mensch mehr. Eine r der Krone setzte ein. Zuerst äußerte Massenankauf und Hamstern fremder e Entwertung der Krone natürlich wurde. Bezeichnend für die Gier ist die Tatsache, daß der blutjunge rfahrensten Leiter der Wiener Groß- prellen konnte, einfach, indem er so Wertsteigerung der Krone spekuliere verkaufen wolle. Nun, da sich die g der Kronenentwertung in gerade- zu zeigen beginnt, kommt eine neue assester Art dazu, das Kaufen aus wenigen Tagen noch die meisten unsinnigen Preise fast unverkäuflich t die Käufer um sie, obwohl, man il sie noch viel teurer wurden und hat, muß fürchten, daß sie morgen in werden, als sie schon heute sind, werden. Jeder sucht möglichst viel sie gar nicht braucht, zu kaufen, so sind. Das Anstellen vor den Ge- er wie in der Kriegszeit. Vielfach gen den Ansturm der Käufer ein- ird das Uebel dadurch nur noch ver- mmenbruch beschleunigt. Die Kauf- Käufer heiserschrien, verstecken die mit höheren Gewinnen verkaufen zu eschäfte wurden als ausverkauft ge- e setzen die Preise in Franken oder Mühe des täglichen Hinaufnumme- d dennoch rennen ihnen die Käufer lich kaufen nur Leute in dieser Weise ben, ohne Bedarf kaufen zu können. noch weniger als früher auch nur hassen und muß ingrimmig zusehen, nun noch alles wegkaufen, und da- beschleunigen, genau so wie sie ihm ien und noch weiter entwerten.

ie Erregung in den Massen. Der ik war ein kleines Vorspiel des en Mitteln versucht die Sozialdemo- Arbeiterschaft bis heute noch fast ge-

Es bestätigt sich immer mehr, daß die Rücktrittsdrohung der Reichsregierung nicht anders als vor zwei Jahren die auch nicht verdorrte Hand Philipp Scheidemanns in erster Linie als Druckmittel auf die endgültige Entscheidung der Ententemächte über Oberschlesien gedacht ist. Zu gleicher Zeit soll sie innerpolitisch die gute Gelegenheit zur beschleunigten Erweiterung der bestehenden Koalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei geben. Bereits wird die nationale Einheitsfront von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur SPD. im Oberschlesienrummel hergestellt. Es scheint, auch bei allem Rücktrittsgeschrei, hinter den Kulissen die Einigung darüber vollzogen zu sein, daß Herr Wirth bleibt und höchstens einen Scheinrücktritt vollzieht, auf den seine erneute Beauftragung mit der Kabinettsbildung womöglich auf nach rechts verbreiterter Basis erfolgen soll.

So berichtet das „Berliner Tageblatt" aus der gestrigen Kabinettssitzung:

„Sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, so könnte nach einstimmiger Ansicht der Kabinettsmitglieder Dr. Wirth gegebenenfalls mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt werden."

Auch die deutschnationale „Kreuzzeitung", der keine Koalitionsbeteiligung ein diplomatisches Schweigegebot auferlegt, schätzt die Situation mit folgenden Sätzen ein:

„Wenn man zwischen den Zeilen liest, so scheint uns die Auffassung nicht von der Hand zu weisen zu sein, daß ein Rücktritt des Kabinetts nur als eine formelle Demonstration gedacht ist. Der Reichspräsident könnte dann Dr. Wirth aufs neue mit der Kabinettsbildung betrauen."

Die Stinnespartei stellt Forderungen.

(WTB.) Berlin, 15. Oktober.

Bei der Deutschen Volkspartei macht sich der Standpunkt geltend, daß die Regierung Wirth bei der Annahme des Ultimatums im Mai dieses Jahres die volle Garantie für die Erfüllung des Ultimatums zu erfüllen, obgleich sie diese Erfüllung für schlechterdings unmöglich halte. Der Redner kam u. a. auch auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sprechen und betonte, er könne ihn nur begrüßen und wünschen, daß die Deutsche Volkspartei in der Lage sein werde, hier Unheil zu verhüten.

*

Der Beifall, den selbst die Deutschnationalen einer „Koalition der Mitte" zollen, zeigt den Arbeitern, was sie erwartet.

Sie dürfen sich auch nicht durch die Kundgebungen der SPD. und USP. für Wirth nasführen lassen. Wirth ist jetzt nur noch der Platzhalter der Stinnesregierung.

Im Bruch mit jeder Illusion an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Bourgeoisie, mit der Koalitionspolitik liegt die Zukunft der Arbeiterklasse. Die Einheitsfront der Bourgeoisie, verkörpert durch die „breite Koalition", muß die Arbeiterschaft gewappnet und einig finden.

Der Reichstag bleibt vertagt.

(TU.) Berlin, 15. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstags hielt heute abend eine Sitzung ab, um sich über die Einberufung des Reichstages zu verständigen. Da jedoch die amtlichen Grundlagen für die Beurteilung der oberschlesischen Frage noch fehlen, ist von einer sofortigen Berufung des Reichstages Abstand genommen worden; der Aeltestenrat wird spätestens am Montag vormittag wiederum zu einer Sitzung zusammentreten. Die Mitglieder des Reichstages sind aufgefordert worden, sich auf jeden Fall auf eine rasche Einberufung des Reichstages einzurichten.

Der Reichskanzler, der an der heutigen Sitzung teilnahm, stellte fest, daß nach einmütigen Anschauungen des Kabinetts ein Rücktritt der Reichsregierung vorläufig nicht in Frage kommt, damit in dieser schwierigen Zeit eine aktionsfähige Regierung im Amte ist.

schlossen stand, jede Lebensregung der Massen zu unterdrücken. Aber schon der Eisenbahnerstreik zeigte, wie ihnen die Zügel zu entgleiten beginnen. Wohl gelang es ihnen durch skrupelloseste Anwendung aller Mittel, von der Verleumdung angefangen bis zur Aufbietung der Ordner, durch Zersplitterung, Mißachtung des primitivsten Solidaritätsgefühls und direkten Befehl zum Streikbruch, diese prächtige Massenbewegung abzuwürgen, ehe ein voller Erfolg erreicht wurde. Aber während beim letzten Eisenbahnerstreik nur die Südbahner im Kampfe standen, umfaßte diesmal die Bewegung alle Bahnhöfe, und zahlreiche Anzeichen zeigten die Erbitterung der Eisenbahner gegen ihre Gewerkschaftsführer und gegen die Sozialdemokratie. Zum ersten Male demonstrierten z. B. nichtkommunistische Arbeiter gegen die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung". Darüber sind die Herrschaften natürlich vor Wut außer sich und entfalten von hinten herum eine wütende Hetze gegen die Kommunisten. Oeffentlich verhalten sie sich merkwürdig still. Sie können es sich offenbar nicht mehr leisten, für die Kommunisten Reklame zu machen.

Gegen den drohenden finanziellen Zusammenbruch hat die Sozialdemokratie ein Heilmittel gefunden, ihren „Finanzplan", der „im Einvernehmen mit den Arbeitern" von den Kapitalisten beraten werden soll. Der Königsgedanke ist, daß alle Klassen Opfer bringen müssen, um der Defizitwirtschaft und damit der Geldentwertung Einhalt zu gebieten. Der Plan verlangt gewiß auch von den Besitzenden und Unternehmern Opfer, aber diese müssen selbstverständlich auf dem Papier bleiben, solange kein Kampfwille dahinter steht. Und vor dem Kampf warnen die Bauer und Adler unermüdlich. Um vor jedem Kampf abzuschrecken, dazu ist ihnen die Horthy-Gefahr, gegen sie sie sonst nichts tun, gerade gut genug. Das haben sie auch beim Eisenbahnerstreik bewiesen. Der Plan

Breslauer Na

Die Eisenbahner vor de

Der Bezirksbetriebsrat sendet uns

„Nach Verfügung des Ministerium
erneue für die Arbeiterschaft die geteilt
werden. Auch sollen diejenigen Bedie
triebsdienst während achtstündiger Arb
Stunden beschäftigt sind, bis zu 14 und
richten. Im Bezirk wird schon verschiede
schaft durch Zwang 12 Stunden Dienst

Wir sehen darin eine ungesetzlich
Arbeitern gegenüber, welche uns als
trotzdem wir den stärksten Widerstand
nicht über den Achtstundentag hinauszu
Einführung der geteilten Arbeitszeit sin

Wir machen die Oeffentlichkeit sowi
aufmerksam, daß wir unseren Wählern
Ministeriums sowie der Direktion Kennt
durch eine größere Aktion nicht zu verm
wir jede Verantwortung von vornherein

Wir sind gerade der Meinung
betriebsrat im Verein mit dem Eis
aller Kraft eine Abwehraktion vorber
Praktiken des „Hundsfott"-Gröner ei
wird. Sie sollen nicht die Verantwo
dern mit aller Kraft und mit voller
Arbeiter vor der Durchbrechung des
wahren.

Wir empfehlen ihnen das Beispi
legen, die mit neun Zehntel Mehrh
beschlossen, falls Gröner mit seinen

Die Zersplitterungsaktion der Po geschietert.

Am Montag früh hatten sich
zellanarbeiter im Sandberg-Hotel be
neuen Situation Stellung zu nehm
von den Streikposten beobachtet, daß
versuche der Fabrikanten, dadurch,
die Papiere geschickt wurden, fehlgesc
sich keine Streikbrecher eingefunden.

Auf Wunsch der Versammlung s
Waldenburg, der an der Hand der
klarlegte, daß es vollkommen verfeh
Betrieb zu gehen. Schon jetzt seien
Porzellanarbeiter durch die fortsch
überholt. Er wies darauf hin, daß
Forderungen sehr gut bezahlen könn
geheuren Valutagewinne seien sie da
die Arbeiter sei jetzt die Situation
die Unternehmer bis 15. Novembe
Porzellan liefern, wollen sie nicht hoh
bezahlen. Es sei zu begrüßen, daß
Taktik anderer Gewerkschaften abgew
samte Porzellanarbeiterschaft zum K
Die Not und das Elend illustrieren
hältnisse bei der Firma P o h l-Walt
die Arbeiter 1500 bis 2000 Mark
nehmer. Daß derartige Verhältniss
die Unabhängigkeit vom Unternehm
klar. Aus der Reihe der Versamml
das Waldenburger Gewerkschaftskar
dies die gesamte Arbeiterschaft, eins
arbeiter, zur moralischen und fina
aufrufe.

Die Versammlung, die die Au
Scholze einmütig guthieß, ging au
festen Willen, den Kampf bis zum s
zuführen.

Die „armen" Junker verl

Der Schlesische Landbund schein
über die steigende Erregung der
dauernde Steigerung der wichtigste
Die Empörung der Arbeiter durch
erhöhung veranlaßt ihn, einen ne
über die unschuldigen Großagrarier
In einem Plakat, das heute an
prangt, weist er auf die unverantwor
trotzdem es allgemein bekannt sei,
Düngemittel gestiegen seien, gegen
gemeint sind die Großagrarier, bei

Der Vogel wird abgeschossen mit der Bemerkung, daß die neue Brotpreiserhöhung von der Regierung beschlossen sei. O, diese Heuchler! Nachdem sie durch ihre Lieferungssabotage es zur Erhöhung der Preise getrieben, rufen sie: Haltet den Dieb. — Sogar die Reichsgetreidestelle, die nur ein Schattendasein führt und die Zwangswirtschaft, die durch die Schiebungen und den planmäßigen Schleichhandel der Junker gefallen ist, soll schuld sei an der jetzigen Höhe der Getreidepreise.

Die Junker müssen die arbeitende Bevölkerung wirklich niedrig einschätzen, was ihren brutalen Handlungen entspricht, wenn sie solche Mätzchen ihnen vorzumachen versuchen.

Weiter sagen sie, daß die Landwirte keinen Einfluß auf die Entwicklung der Preise für freies Getreide haben. Ja, sie haben recht, insofern wir die kleinen Bauern betrachten, die nicht für den Markt produzieren, denen, wenn sie ihr Umlagegetreide abgeliefert, ihren eigenen Bedarf gedeckt, kaum etwas bleibt für den freien Handel. Die Kleinen, die ihren letzten Rest schon verkauft haben, können sich nicht schadlos halten an der Entwertung der Mark. — Die Junker dagegen halten zurück, weil sie wissen, daß die Teuerung und die neuen Steuern zur weiteren Preissteigerung führen. Wenn dieser Zustand eintritt, dann werden sie dadurch, daß sie ihr Getreide zurückhielten, tatsächlich den Preis im freien Handel bestimmen, während die Kleinen dabei leer ausgehen werden.

Aber die J u n k e r behaupten, sie haben keinen Einfluß auf die Gestaltung der Preise für freies Getreide. Warum riefen sie freien Handel? Weil sie höhere Preise wollten.

Wenn die Junker Georg Schmidt als Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiter-Verbandes als Kronzeugen für ihren Beweis anführen, so mag er sich selbst bedanken

nach dem Fallen des Profitsystems werden auch ihre eigenen Existenzbedingungen menschenwürdig werden. Und so wie sie zu diesem Zweck ihren Verband, den „Deutschen Landarbeiter-Verband" mobil machen, haben auch die kleinen Pächter und kleinen Bauern in allen Gemeinden sich zusammenzuschließen und darüber hinaus ihre Räte über das ganze Reich hin zusammenzufassen. Alsdann können auch sie die verbilligte Belieferung mit Saatgut, Kunstdünger, Futtermitteln, Geräten, Maschinen, Kohle, Kleidung usw. erzwingen. Denn die Einheitsfront aller Werktätigen, aller Arbeiter und Arbeitsbauern, ist eine unüberwindliche Macht.

Im Auftrage des Landbundes, im Interesse der Deutschnationalen werden Bauern beschwindelt.

In Gersdorf bei Görlitz (Schlesien) wurde eine Gruppe des Landbundes in folgender Weise gegründet: Die kleinen Bauern des Dorfes haben nach Beendigung des Krieges stark nach Zusammenschluß zu einer Organisation, die ihre Interessen vertritt, gedrängt. Eine Liste zirkulierte durch das Dorf mit der Aufforderung, jeder solle sich eintragen, die Kleinen müßten sich zum Kampf gegen die Zwangswirtschaft zusammenschließen. Später wurde ihnen dann mitgeteilt, daß sie dem Landbund angeschlossen sind.

Wie die Landbundherren über die Kleinbauern denken und welchem Zwecke der Landbund dient, darüber können wir nun, auf Grund eines Berichtes, folgendes mitteilen: Bei der letzten Wahl, die in Schlesien stattfand, hielt im Auftrage des Landbundes ein Herr Eberhardt aus Niesky für die Deutschnationalen Wahlversammlungen ab. Ein im Vertrauen ausgesprochenes Wort des Herrn Eberhardt vervollständigt das Bild. Er sagte: „Jetzt wollen wir den Bauern wieder mal was vorschwindeln."

In gemeinster Weise haben dann diese Herrschaften nicht nur den Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern allen anderen Parteien, so gut wie möglich, die Versammlungslokale abgetrieben.

Kleinbauern, gebt diesen Gesellen, die nach eigenen Aussprüchen Euch beschwindeln und sich anmaßen, Eure Führer zu sein, den wohlverdienten Fußtritt auf ihren wertesten Teil. Schafft Euch selbständige Kleinbauernorganisationen, wie z. B. der „Schlesische Kleinbauernbund" eine darstellt und sorgt dafür, daß Eure Organisation in revolutionärer Weise Eure Interessen vertreten.

Moderne Siedlung.

Ein praktisches Beispiel moderner Siedlung zeigt eine Notiz in der Stettiner „Abendpost".

In Dölitz, Kreis Pyritz, hat die Domänenverwaltung Land zu Siedlungszwecken freigegeben. Auf jeder Rentenstelle wird eine Wohnung von 73 Quadratmeter für den Stelleninhaber und eine Mietswohnung von 71 Quadratmeter eingerichtet. Dazu kommen 2 Ställe von je 26 Quadratmeter Nutzfläche. Bau- und Gartenland kosten pro Quadratmeter 3 Mark, Kartoffelland 1 Mark, Baukosten für Wohn- und Stallgebäude 158 000 M. Die Rentenstelle wird auf insgesamt 172 000 M. berechnet.

Dem Siedler wird aber ein „Geschenk" gemacht, er darf „nur" 115 000 Mark verzinsen und erhält noch die Einnahme aus der Mietswohnung. Der Zins von 115 000 Mark, zu 5 Prozent berechnet, beträgt 5750 M. Die Einnahme aus der Mietswohnung, mit Stall und Gartenland, darf mit 1000 M. jährlich schon als hoch angesetzt betrachtet werden. Für den Ansiedler bleibt also ein Restbestand von 4750 M. Zins jährlich. Hinzu kommt, daß für die Landwirtschaft auch Geräte, Maschinen, Wagen, Vieh, Geflügel usw. notwendig sind, was heute eine ungeheure Summe Geld erfordert.

Nach Abzug der Baukosten und der Kosten für die Baufläche können nach vorliegendem Bericht höchstens 10 000 Quadratmeter (1 Hektar) Kartoffelland und etwas Gartenland in Frage kommen. Um aber nur das Notdürftigste für seine Familie anpflanzen zu können, muß der Ansiedler noch mindestens 3 bis 4 Hektar Land hinzukaufen oder pachten. Die dafür notwendige Summe muß ebenfalls verzinst bzw. aufgebracht werden. Somit beträgt der Zinsendienst des Siedlers jährlich etwa 6500 M., für die er keine Deckung hat. Dafür kann er sich dann „Freier Besitzer auf freier Scholle" nennen.

Ein elendes Sklavendasein, von dem es kein Entrinnen gibt, weil er an die Scholle gefesselt ist, erwartet den Ansiedler. Selbst wenn er in der glücklichen Lage ist, die Kaufsumme zu besitzen, wird er zum Schuldenknecht verdammt, da er und seine Familie auch Kleidung, Schuhe, Industrie- und Kolonialwaren brauchen. Ausgaben sind notwendig für Düngemittel, für Instandhaltung der Geräte, der Gebäude usw. Einnahmen dagegen sind kaum welche vorhanden.

Die kapitalistische Wirtschaft, — das müssen sich vor allem die Siedler merken — kann dem kleinen Manne keine auskömmliche Existenz mehr bieten; das ist nur möglich in der Wirtschaft, in der die Fabriken, die großen Güter Gemeingut aller sind und in deren Interesse bewirtschaftet werden.

Das „Volks"gericht in der Ebert-Republik.

Für die kommende Schwurgerichtsperiode wurden in Köslin folgende Geschworene ausgelöst: Bauerhofsbesitzer und Gemeindevorsteher Rudolf Bartsch zu Neubanzin, Gutsbesitzer Günther aus Oberpöhle bei Schivelbein, Schneidermeister Karl Ohlew zu Köslin, Rittergutsbesitzer Erich Lange auf Buslar bei Polzin, Bauerhofsbesitzer Richard Zöller zu Heinrichsdorf bei Heinrichsdorf, Baugewerksmeister Ernst Neubauer zu Neustettin, Rittergutsbesitzer Franz von Rekowski auf Tietzow bei Großtychow, Freischulenhofsbesitzer Otto Lüder zu Panzerin bei Repzin, Rentner Max Jobst zu Köslin, Oberstleutnant a. D. Max Ohm zu Polzin, Bauernhofsbesitzer Albert Nutzen zu Recknin bei Alttramm, Rentner Karl Trapp zu Neustettin, Tiefbauunternehmer Paul Tschierschke zu Neustettin, Domänenpächter August Hoeftmann zu Roßnow bei Seeger, Rittergutsbesitzer Otto Kallies zu Birkenhagen bei Tempelburg, Gutsarbeiter sind zugegen.

Wie russische Kleinbauern über Lenin und Trotzki denken.

Dem deutschen Kleinbauern werden die Bolschewiki stets als blutige Scheusale und Quälgeister der Bauern dargestellt. In Rußland selbst denken die arbeitenden Bauern ganz anders über die Sowjetregierung und ihre beiden größten kommunistischen Führer. Das mögen zwei kleine Beispiele aus dem Leben veranschaulichen.

In einem bäuerlichen Bezirk haben eine Anzahl Bauern sich zum Eintritt in die Kommunistische Partei bereit erklärt. Die Russische Kommunistische Partei nimmt jedoch kein Mitglied auf, ohne vorherige Prüfung. Also fragt der Vorsitzende der Parteigruppe einen der Bauern: „Sag einmal, wer regiert heute in Rußland?" Natürlich erwartete er die Antwort: „Das Proletariat" oder „Das werktätige Volk".

Aber unser Bauer weiß es besser. „Lenin", antwortet er mit Nachdruck.

„Aber Lenin kann doch sterben," entgegnet unser Genosse.

„Dann wird Trotzki regieren," erwidert der Bauer ohne viel Besinnen.

„Aber auch Trotzki ist doch nur ein Mensch. Es kann ihm doch ein Unglück passieren, er kann doch sterben."

Da bekreuzigt sich unser Bauer, schüttelt den Kopf und erklärt mit tiefem Ernst: „Das wird der liebe Gott schon nicht zulassen."

Ein anderes Beispiel:

In einer Stadt ist große Volksversammlung. Lenin spricht. Kopf an Kopf drängen sich die Massen. Nicht nur Industriearbeiter sind zugegen. Stundenweit sind die Bauern herangewandert, um Lenin zu hören, dessen Bild zu Hause in ihrer Stube neben dem Heiligenbilde hängt. Ein steinaltes Bauernmütterchen ist auch mitgekommen. Sie will absolut Lenin nicht nur hören, sondern auch sehen. Man hilft ihr auf einen Stuhl. Lange, lange schaut das Mütterchen auf den Redner. Ob sie alles verstanden hat, was er spricht? Ich will's nicht behaupten. Aber das ist auch nicht die Hauptsache. Sie hat ihn gesehen, ihn, der die Revolution so siegreich geführt hat, der die Gutsbesitzer verjagte, der die Bauern von Schulden befreite, der ihnen den Grund und Boden gab. In Lenin sieht sie die Revolution. Lenin ist für sie der Inbegriff der zerschlagenen Ketten, der endlich ganz befreiten Bauernschaft. In Lenin sind für sie verkörpert jene Tausende, jene Millionen Arbeiter und Bauern, die den Zaren verjagt haben und die an allen Fronten kämpfen gegen die Wiederkehr der blutsaugenden Großgrundbesitzer.

Und das alte Weiblein verneigt sich tief. Sie bekreuzigt sich. Dann steigt sie vom Stuhle. Ihre Augen, ihr ganzes runzliges Gesicht strahlt. „Ich habe Lenin gesehen," sagte sie, „ich kann ruhig sterben."

So denken die arbeitenden Bauern Rußlands über Lenin und Trotzki, über die Führer der proletarischen Revolution. Die Kleinbauern Sowjetrußlands sind einfache Leute. Die meisten von ihnen haben erst nach der Revolution lesen und schreiben gelernt. Die ganz alten erinnern sich noch allen Elends und aller Demütigungen der Leibeigenschaft. Bis zur Revolution waren die Bauern Rußlands Landwirte ohne Land, nichts als armselige, hungernde, in Hundehütten woh-

Interesse für unsere Sache und für Rußland zu wecken.

Variete Zeltgarten.

Wie vor dem Kriege ist der Zeltgarten auch jetzt wieder auf der Höhe der Zeit. Der Besitzer, Herr Maslankowsky, gibt sich die größte Mühe, den Besuchern das Beste zu bieten. Wer bei angemessenen Preisen ein paar vergnügte Stunden verleben will, wird sicher im Zeltgarten befriedigt werden.

Am 1. und 15. jeden Monats ist Programmwechsel. Außerdem finden sonntäglich von 12½ bis 2 Uhr Matinees statt, deren Besuch zu empfehlen ist.

Aus der Provinz.

Den Schnaps für die Reichen, den Schmachtriemen für das Proletariat.

Auf dem Rittergut D i e s c h e bei Niesky, Kr. Rothenburg, das ein Herr v. Martin bewirtschaftet, wird wieder einmal der Beweis geliefert, wie die Junker mit der Ernährung des deutschen Volkes Schindluder treiben.

In Deutschland ist infolge der großen Dürre des letzten Sommers die Kartoffelernte eine sehr schlechte, was alle Arbeiter an den jetzt schon so hohen Preisen zu spüren bekommen. Auf dem Gute des Herrn v. Martin ist es aber möglich, daß Kartoffeln dem E r f r i e r e n preisgegeben werden. Nicht etwa, daß „Leutemangel" schuld sei, nein, man ließ die Kartoffeln ausmachen und dann auf dem Felde liegen. Die Kartoffeln sind natürlich infolge der Nachtfröste stark angefroren und für die Ernährung nicht mehr zu verwenden.

endlich den Stumpfsinn ab.

Der Aktionsausschuß.

KPD., Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn. Sonnabend, 15. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Eisenbahn". Wichtige Tagesordnung. Die Mitglieder müssen alle erscheinen.

Achtung! Ortsgruppe Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 16. Oktober 1921, vorm. 9 Uhr in Finsterbrunn Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Parteitages der SPD. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. 3. Rußland-Hilfe. 4. Organisatorisches und Verschiedenes. Genossen, da die Versammlung sehr wichtig ist, erwartet der Vorstand vollzähliges Erscheinen.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 16. Oktober Bannerweihe der Ortsgruppe Nieder-Hermsdorf. Diejenigen Ortsgruppen, welche bereits Einladungen erhalten haben, werden ersucht, sich punkt halb 2 Uhr am Flora-Bassin einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: R i c h a r d J o n a s. Berlin. Verlag Schlesischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1936 und 1937.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm
Sonntag vormittag 11—1 Uhr
Große Matinee

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8 bis 14 Tagen.
Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt.
Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen,
Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

besitzer Behling zu Gervin bei Gervin, Gutsbesitzer Alfred Schön zu Ernsthof bei Bublitz, Rittergutsbesitzer Albrecht von Kameke auf Parnow bei Altbelz, Käsereibesitzer Reinhold Rudnick zu Ratzebuhr, Gutsbesitzer Paul Kirschem zu Balsdrey bei Neley, Rittergutsbesitzer Kuno von Blanckenburg auf Timmenhagen bei Timmenhagen, Ackerbürger Hermann Wiedenhaupt zu Polzin, Studienrat Adolf Gauß zu Kolberg, Mühlenbesitzer Ernst Maaß zu Ubedel bei Kurow, Rentner Johannes Platzer zu Kolberg, Kaufmann Franz Hartwig zu Belgard, Majoratsinhaber Werner Holz auf Wojenthin bei Schmenzin, Brennereiverwalter Franz Pope zu Wopersnow bei Schivelbein und Baugewerksmeister Otto Marten zu Kolberg.

Das ist eine schöne „Volks"vertretung. Lauter Vertreter der besitzenden Klasse, Junker und Gutsbesitzer. Nicht ein einziger Arbeiter. Ein solches Gericht kann natürlich nur die Interessen der Besitzenden wahrnehmen. Arbeiter wird man rücksichtslos verdonnern. Das haben Tausende von Beispielen bewiesen.

Sozialdemokratische Märchen auf dem Lande.

In Mucka (Lausitz) referierte unser Genosse Graef über „die neuen Steuern und die Landbevölkerung". Seine Ausführungen wurden von etwa 80 Personen begeistert aufgenommen.

Diskussion fand in Form eines regen Frage- und Antwortspieles statt. Einem SPD.-Mitglied blieb es vorbehalten, dazwischen zu rufen: „Die Deutschnationalen bezahlen die Kommunisten gut". Die Frage des Referenten, ob er zu seiner Behauptung stehe, wurde mit tapferem Schweigen beantwortet, was allgemeine Heiterkeit hervorrief. Wenn sachliche Argumente nicht ausreichen, sollte man doch lieber schweigen.

Betriebsräte vom Verwalter eingesetzt.

Uns wird berichtet: Auf den Gütern Sakrow und Neusakrow bei Forst wurde der Betriebsrat vom Verwalter eingesetzt. Der „Deutsche Landarbeiter-Verband", dem viele dort beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, hat sich noch nicht genötigt gefühlt, hier einzugreifen. Unter den im DLV. organisierten Landarbeitern herrscht auch Mißstimmung darüber, daß ihnen über die Ergebnisse bei Lohn- und Tarifverhandlungen von seiten des Verbandes absolut kein Entscheidungsrecht zugestanden wird. Sie sind entschlossen, die Ergebnisse aus derartigen Verhandlungen sich künftig nicht mehr aufoktruieren zu lassen.

Landarbeiter, Ihr seid der Verband! Sorgt dafür, daß Eure Stimme Geltung erhält und nicht irgend ein Verbandsbürokrat Euch in Arbeitsgemeinschaften mit den Junkern und Großgrundbesitzern verschachern kann!

Grundsteuern.

Nach einem Reichsrahmengesetz ist den einzelnen Ländern und Gemeinden das Recht eingeräumt, Grundsteuern zu erheben. Diese soll den Gliedstaaten neben der Gewerbesteuer als wichtigste, selbständige Einnahmequelle dienen. Verschiedene Länder, wie Sachsen und Thüringen, haben bereits Entwürfe darüber ausgearbeitet. Auch die preußische Regierung. Der preußische Staatshaushalt weist in dem Voranschlag für 1921 einen Fehlbetrag von 2360 Millionen auf. Dieser Betrag soll nun teilweise durch die Einnahmen aus der Grund- und Gebäudesteuer gedeckt werden. Nach dem preußischen Ergänzungssteuergesetz erfolgt die Wertermittlung. Letztmals wurde diese für die Jahre 1917/19 im Winter 1916 auf 17 ermittelt. Um mit der Geldentwertung, den gestiegenen Preisen für Grund und Gebäude gegenüber einen Ausgleich zu schaffen, wird die damalige Wertermittlung bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken „bis auf weiteres" 3fach, bei den übrigen Grundstücken 1½fach angesetzt. Abzug der Hypothekenschuld wird nicht zugelassen.

Die Grundstücke sollen mit 10 vom Hundert ihres jährlichen Reinertrages belastet werden, der zu 4 vom Hundert berechnet wird. Der Staat zieht diese 10 Prozent des Reinertrages in der Weise ein, daß er 4 vom Tausend des gemeinen Wertes des Grundstückes erfaßt. Für ein Anwesen von 200 000 M. Verkaufswert muß also 800 M. Grundsteuer bezahlt werden. Insgesamt soll die Steuer 948 Millionen Mark ergeben. Auf die land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke entfallen davon 456 Millionen Mark, auf die übrigen, d. h. auf die Mietshäuser, Eigenwohnhäuser, gewerblichen Grundstücke, Bauplätze usw., 492 Millionen Mark.

Wir Kommunisten fordern, daß die landwirtschaftlich genutzten Anwesen, auf denen keine fremde Arbeitskraft ausgebeutet wird, steuerfrei bleiben und erst von dieser Grenze ab gestaffelt bis zur völligen Einziehung der großen Besitze besteuert werden.

Stinnesierung der Gutsbesitze.

Stinnes, der ungekrönte König Deutschlands, geht, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, dazu über, große Güter, die über großen Waldbestand verfügen, aufzukaufen. Das Gut Bürchow bei Neustettin ist bereits in seinem Besitz.

Die Ausrodung des deutschen Waldes aus Ausfuhrinteresse kann beginnen. Stinnes schiebt Valutagewinne ein, die Werte Deutschlands wandern ins Ausland. Deutschland verarmt, wird entwertet. Die Valuta sinkt. Die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes wird teurer. Doch — die Stinnesprofite steigen!

Hoch die Koalition mit Stinnes!

Steuerpraxis im demokratischen Deutschland.

Große Steuern für die Kleinen, — kleine Steuern für die Großen!

Mindestens ebenso meisterhaft wie Wirth verstehen es die kleineren Geister in Deutschland, nach diesem Grundsatz zu handeln. Der „Niedersächsische Kleinbauer", Organ des Verbandes landwirtschaftlicher Pächter und Kleinbauern, berichtet folgendes:

„Uns ist z. B. vom Landesfinanzamt Breslau auf eine Beschwerde hin Bescheid zugegangen, in dem behauptet wird, daß der bäuerliche Besitz zwar keine höheren Erträge herausarbeite, trotzdem aber im Durchschnitt mehr als noch einmal so hoch eingeschätzt werden müsse je Flächeninhalt als der Großbetrieb. Die Begründung, die dieses Landesfinanzamt gibt, ist außerordentlich wenig durchdacht und widerspricht geradezu den Tatsachen. Dazu kommt, daß dieses Landesfinanzamt für den bäuerlichen Betrieb zwar den sogenannten objektiven Ertragswert anwendet, d. h. einen Steuersatz festlegt, der nach Ansicht der Finanzbehörde bei richtiger und intensiver Bewirtschaftung herausgearbeitet werden kann, ohne Rücksicht auf die Tatsache der Reinerträge dieses Betriebes, für den Großbetrieb aber den sogenannten subjektiven Ertragswert empfiehlt, d. h., denjenigen Reinertragswert, der nach Angabe des Besitzes, belegt durch seine Buchführung, von ihm angeblich herausgewirtschaftet wird. So unglaublich es in der heutigen Zeit klingt, steht also auf Grund eines Bescheides eines Landesfinanzamtes fest, daß bei Anwendung von Normalertragssätzen in diesem Bezirk einmal der Großgrundbesitz auf behördliche Anordnung hin je Flächeninhalt nur ungefähr die Hälfte des Einkommens zu versteuern hat, als der mittelbäuerliche Besitz — der Besitz unter 40 Morgen scheidet bei dieser Betrachtung vollkommen aus — und daß zweitens das Landesfinanzamt empfiehlt, den Großgrundbesitz am besten nicht auf Grund der für den Mittelbesitz geltenden objektiven Ertragsbewertung einzuschätzen, sondern auf Grund der subjektiven Ertragsbewertung.

Wir behaupten, daß durch diese Art der Einschätzung nicht nur der bäuerliche Besitz gegenüber dem Großgrundbesitz ohne jeden sachlichen Grund ungeheuer benachteiligt, sondern daß auch dadurch das Reich steuerlich außerordentlich geschädigt wird. Unserer Berechnung nach büßt dadurch die Finanzverwaltung ganz erhebliche steuerliche Einnahmen ein.

Wir wollen an dieser Stelle heute nicht weiter davon reden, welch ungeheure Wirkung dieses steuerliche Geschenk an den Großgrundbesitz unter der heutigen Regierung auf politischem Gebiet ausübt.

---

nende Lohnarbeiter und Kleinpächter. Der Grundherr herrschte über sie rücksichtslos, als wären sie noch leibeigen. Heute sind die Bauern Besitzer des Grund und Bodens, heute essen sie sich satt und bauen sich neue schmucke Holzhäuser. Heute besuchen ihre Kinder eine ordentliche Schule. Und von der Sowjetregierung erhalten sie Saatgut, Geräte, Zuchtvieh, Kleider, Kolonialwaren, so viel eben zur Verfügung steht. Daß die Sowjetregierung einstweilen nur wenig geben kann, verstehen die russischen arbeitenden Bauern sehr gut, sie wissen genau, daß nicht der böse Wille der Regierung daran schuld ist, sondern der ewige harte Krieg gegen die bürgerlichen Verschwörer, gegen die polnischen Räuber, gegen die weißgardistischen Generale wie Denikin und Wrangel und gegen die in Räuberbanden organisierten Großbauern unter Führung von Machnow und Antonow. Die Kleinbauern Rußlands stehen zur Sowjetregierung. Hunderttausende kämpfen in der Roten Armee. Viele sind Mitglieder der Kommunistischen Partei. Die Kleinbauernjugend arbeitet Seite an Seite mit der revolutionären Arbeiterjugend. Ueberall in den Sowjets und den Kommissionen sind die Kleinbauern vertreten und bilden eine bedeutende Macht.

Es soll nur einer kommen und den russischen Kleinbauern vorschwärmen von der Wiederherstellung des alten zaristischen Staates oder auch nur der bürgerlichen kapitalistischen Demokratie. Er wird seinen Denkzettel bekommen. Und wenn er ihm davon spricht, daß die Sowjetregierung sich wird nicht halten können, daß Lenin und Trotzki werden vielleicht abdanken müssen, so wird der russische Bauer ihm antworten: „Das werden wir und der liebe Gott schon nicht zulassen."

Es bestätigt sich immer mehr, daß die Rücktrittsdrohung der Reichsregierung nicht anders als vor zwei Jahren die auch nicht verdorrte Hand Philipp Scheidemanns in erster Linie als Druckmittel auf die endgültige Entscheidung der Ententemächte über Oberschlesien gedacht ist. Zu gleicher Zeit soll sie innerpolitisch die gute Gelegenheit zur beschleunigten Erweiterung der bestehenden Koalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei geben. Bereits wird die nationale Einheitsfront von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur SPD. im Oberschlesienrummel hergestellt. Es scheint, auch bei allem Rücktrittsgeschrei, hinter den Kulissen die Einigung darüber vollzogen zu sein, daß Herr Wirth bleibt und höchstens einen Scheinrücktritt vollzieht, auf den seine erneute Beauftragung mit der Kabinettsbildung womöglich auf nach rechts verbreiterter Basis erfolgen soll.

So berichtet das „Berliner Tageblatt" aus der gestrigen Kabinettssitzung:

„Sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, so könnte nach einstimmiger Ansicht der Kabinettsmitglieder Dr. Wirth gegebenenfalls mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt werden."

Auch die deutschnationale „Kreuzzeitung", der keine Koalitionsbeteiligung ein diplomatisches Schweigegebot auferlegt, schätzt die Situation mit folgenden Sätzen ein:

„Wenn man zwischen den Zeilen liest, so scheint uns die Auffassung nicht von der Hand zu weisen zu sein, daß ein Rücktritt des Kabinetts nur als eine formelle Demonstration gedacht ist. Der Reichspräsident könnte dann Dr. Wirth aufs neue mit der Kabinettsbildung betrauen."

Die Stinnespartei stellt Forderungen.

(WTB.) Berlin, 15. Oktober.

Bei der Deutschen Volkspartei macht sich der Standpunkt geltend, daß die Regierung Wirth bei der Annahme des Ultimatums im Mai dieses Jahres die volle Garantie für die Erfüllung des Ultimatum zu erfüllen, obgleich sie diese Erfüllung für schlechterdings unmöglich halte. Der Redner kam u. a. auch auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sprechen und betonte, er könne ihn nur begrüßen und wünschen, daß die Deutsche Volkspartei in der Lage sein werde, hier Unheil zu verhüten.

*

Der Beifall, den selbst die Deutschnationalen einer „Koalition der Mitte" zollen, zeigt den Arbeitern, was sie erwartet.

Sie dürfen sich auch nicht durch die Kundgebungen der SPD. und USP. für Wirth nasführen lassen. Wirth ist jetzt nur noch der Platzhalter der Stinnesregierung.

Im Bruch mit jeder Illusion an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Bourgeoisie, mit der Koalitionspolitik liegt die Zukunft der Arbeiterklasse. Die Einheitsfront der Bourgeoisie, verkörpert durch die „breite Koalition", muß die Arbeiterschaft gewappnet und einig finden.

Der Reichstag bleibt vertagt.

(TU.) Berlin, 15. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstags hielt heute abend eine Sitzung ab, um sich über die Einberufung des Reichstages zu verständigen. Da jedoch die amtlichen Grundlagen für die Beurteilung der oberschlesischen Frage noch fehlen, ist von einer sofortigen Berufung des Reichstages Abstand genommen worden; der Aeltestenrat wird spätestens am Montag vormittag wiederum zu einer Sitzung zusammentreten. Die Mitglieder des Reichstages sind aufgefordert worden, sich auf jeden Fall auf eine rasche Einberufung des Reichstages einzurichten.

Der Reichskanzler, der an der heutigen Sitzung teilnahm, stellte fest, daß nach einmütigen Anschauungen des Kabinetts ein Rücktritt der Reichsregierung vorläufig nicht in Frage kommt, damit in dieser schwierigen Zeit eine aktionsfähige Regierung im Amte ist.

Einzelnummer 25 Pfg.

ung

ischen Internationale)

: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren
Paris 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche,
Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk.
Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum
im Text 8.— Mk.

eichisches Chaos.

ung, die das österreichische Wirtschafts-
Fortdauer der kapitalistischen Anarchie
öglichen Abgrenzung des Landes nimmt,
reibung. Man kann heute nicht mehr
der Valuta und einem Emporschnellen
echen, sondern das, was sich auf beiden
sind wahre Katastrophen. Von einem
erlebt unsere Valuta schwerere Ein-
vor kurzem in verhältnismäßig langer
hnellen in Tagen die Preise um höhere
bisher in Monaten. Wenn das auch
so weiter geht, stehen wir unmittelbar
losen Zusammenbruch. In der Bevölke-
Hoffnung auf eine Gesundung unserer
eschwunden. An die sagenhafte Kredit-
mit der man die Bevölkerung eine Zeit-
verstand, glaubt kein Mensch mehr. Eine
t vor der Krone setzte ein. Zuerst äußerte
m Massenankauf und Hamstern fremder
die Entwertung der Krone natürlich
igt wurde. Bezeichnend für die Gier
len ist die Tatsache, daß der blutjunge
ie erfahrensten Leiter der Wiener Groß-
den prellen konnte, einfach, indem er so
eine Wertsteigerung der Krone spekuliere
ten verkaufen wolle. Nun, da sich die
rkung der Kronenentwertung in gerade-
eise zu zeigen beginnt, kommt eine neue
krassester Art dazu, das Kaufen aus
vor wenigen Tagen noch die meisten
er unsinnigen Preise fast unverkäuflich
jetzt die Käufer um sie, obwohl, man
weil sie noch viel teurer wurden und
men hat, muß fürchten, daß sie morgen
sein werden, als sie schon heute sind.
zu werden. Jeder sucht möglichst viel
er sie gar nicht braucht, zu kaufen, so
lig" sind. Das Anstellen vor den Ge-
ieder wie in der Kriegszeit. Vielfach
gegen den Ansturm der Käufer ein-
h wird das Uebel dadurch nur noch ver-
sammenbruch beschleunigt. Die Kauf-
ch Käufer heiserschrien, verstecken die
ier mit höheren Gewinnen verkaufen zu
Geschäfte wurden als ausverkauft ge-
leute setzen die Preise in Franken oder
die Mühe des täglichen Hinaufnumme-
Und dennoch rennen ihnen die Käufer
türlich kaufen nur Leute in dieser Weise
haben, ohne Bedarf kaufen zu können.
sich noch weniger als früher auch nur
anschaffen und muß ingrimmig zusehen,
en nun noch alles wegkaufen, und da-
erei beschleunigen, genau so wie sie ihm
erteten und noch weiter entwerten.

ist die Erregung in den Massen. Der
treik war ein kleines Vorspiel des
allen Mitteln versucht die Sozialdemo-
die Arbeiterschaft bis heute noch fast ge-
schlossen stand, jede Lebensregung der Massen zu unter-
drücken. Aber schon der Eisenbahnerstreik zeigte, wie ihnen
die Zügel zu entgleiten beginnen. Wohl gelang es ihnen
durch skrupelloseste Anwendung aller Mittel, von der Ver-
leumdung angefangen bis zur Aufbietung der Ordner,
durch Zersplitterung, Mißachtung des primitivsten Soli-
daritätsgefühls und direkten Befehl zum Streik-
bruch, diese prächtige Massenbewegung abzuwürgen, ehe
ein voller Erfolg erreicht wurde. Aber während beim
letzten Eisenbahnerstreik nur die Südbahner im Kampfe
standen, umfaßte diesmal die Bewegung alle Bahnhöfe,
und zahlreiche Anzeichen zeigten die Erbitterung der Eisen-
bahner gegen ihre Gewerkschaftsführer und gegen die So-
zialdemokratie. Zum ersten Male demonstrier-
ten z. B. nichtkommunistische Arbeiter
gegen die sozialdemokratische „Arbeiter-
Zeitung". Darüber sind die Herrschaften natürlich vor
Wut außer sich und entfalten von hinten herum eine
wütende Hetze gegen die Kommunisten. Oeffentlich ver-
halten sie sich merkwürdig still. Sie können es sich offenbar
nicht mehr leisten, für die Kommunisten Reklame zu
machen.

Gegen den drohenden finanziellen Zusammenbruch hat die Sozialdemokratie ein Heilmittel gefunden, ihren „Finanzplan", der „im Einvernehmen mit den Arbeitern" von den Kapitalisten beraten werden soll. Der Königsgedanke ist, daß alle Klassen Opfer bringen müssen, um der Defizitwirtschaft und damit der Geldentwertung Einhalt zu gebieten. Der Plan verlangt gewiß auch von den Besitzenden und Unternehmern Opfer, aber diese müssen selbstverständlich auf dem Papier bleiben, solange kein Kampfwille dahinter steht. Und vor dem Kampf warnen die Bauer und Adler unermüdlich. Um vor jedem Kampf abzuschrecken, dazu ist ihnen die Horthy-Gefahr, gegen die sie sonst nichts tun, gerade gut genug. Das haben sie auch beim Eisenbahnerstreik bewiesen. Der Plan

Stadtbibliothek

Breslauer Na

Die Eisenbahner vor de

Der Bezirksbetriebsrat sendet uns
„Nach Verfügung des Ministerium
vertreb: für die Arbeiterschaft die geteilt
werden. Auch sollen diejenigen Bedie
triebsdienst während achtstündiger Arb
Stunden beschäftigt sind, bis zu 14 und
richten. Im Bezirk wird schon verschiede
schaft durch Zwang 12 Stunden Dienst
Wir sehen darin eine ungesetzlich
Arbeitern gegenüber, welche uns als
trotzdem wir den stärksten Widerstand
nicht über den Achtstundentag hinauszu
Einführung der geteilten Arbeitszeit sin
Wir machen die Oeffentlichkeit sowi
aufmerksam, daß wir unseren Wählern
Ministeriums sowie der Direktion Kennt
durch eine größere Aktion nicht zu verme
wir jede Verantwortung von vornherein
Wir sind gerade der Meinung
betriebsrat im Verein mit dem Eis
aller Kraft eine Abwehraktion vorber
Praktiken des „Hundsfott"-Gröner ei
wird. Sie sollen nicht die Verantwo
dern mit aller Kraft und mit voller
Arbeiter vor der Durchbrechung des
wahren.
Wir empfehlen ihnen das Beispi
legen, die mit neun Zehntel Mehr
beschlossen, falls Gröner mit seinen

Die Zersplitterungsaktion der Po gescheitert.

Am Montag früh hatten sich
zellanarbeiter im Sandberg-Hotel ve
neuen Situation Stellung zu nehm
von den Streikposten beobachtet, daß
versuche der Fabrikanten, dadurch,
die Papiere geschickt wurden, fehlgesch
sich keine Streikbrecher eingefunden.
Auf Wunsch der Versammlung s
Waldenburg, der an der Hand der
klarlegte, daß es vollkommen verfeh
Betrieb zu gehen. Schon jetzt seien
Porzellanarbeiter durch die fortsch
überholt. Er wies darauf hin, daß
Forderungen sehr gut bezahlen könn
geheuren Valutagewinne seien sie de
die Arbeiter sei jetzt die Situation
die Unternehmer bis 15. Novembe
Porzellan liefern, wollen sie nicht hoh
bezahlen. Es sei zu begrüßen, daß
Taktik anderer Gewerkschaften abgew
samte Porzellanarbeiterschaft zum K
Die Not und das Elend illustrieren
hältnisse bei der Firma Pohl-Walt
die Arbeiter 1500 bis 2000 Mark S
nehmer. Daß derartige Verhältniss
die Unabhängigkeit vom Unternehm
klar. Aus der Reihe der Versamml
das Waldenburger Gewerkschaftskar
dies die gesamte Arbeiterschaft, ein
arbeiter, zur moralischen und finan
aufrufe.
Die Versammlung, die die Aus
Scholze einmütig guthieß, ging au
festen Willen, den Kampf bis zum
zuführen.

Die „armen" Junker vert

Der Schlesische Landbund schein
über die steigende Erregung der
dauernde Steigerung der wichtigste
Die Empörung der Arbeiter durch
erhöhung veranlaßt ihn, einen ne
über die unschuldigen Großagrarier
In einem Plakat, das heute an
prangt, weist er auf die unverantwor
trotzdem es allgemein bekannt sei,
Düngemittel gestiegen seien, gegen
gemeint sind die Großagrarier, bei

Der Vogel wird abgeschossen mit der Bemerkung, daß die neue Brotpreiserhöhung von der Regierung beschlossen sei. O, diese Heuchler! Nachdem sie durch ihre Lieferungssabotage es zur Erhöhung der Preise getrieben, rufen sie: Haltet den Dieb. — Sogar die Reichsgetreidestelle, die nur ein Schattendasein führt und die Zwangswirtschaft, die durch die Schiebungen und den planmäßigen Schleichhandel der Junker gefallen ist, soll schuld sei an der jetzigen Höhe der Getreidepreise.

Die Junker müssen die arbeitende Bevölkerung wirklich niedrig einschätzen, was ihren brutalen Handlungen entspricht, wenn sie solche Mätzchen ihnen vorzumachen versuchen.

Weiter sagen sie, daß die Landwirte keinen Einfluß auf die Entwicklung der Preise für freies Getreide haben. Ja, sie haben recht, insofern wir die kleinen Bauern betrachten, die nicht für den Markt produzieren, denen, wenn sie ihr Umlagegetreide abgeliefert, ihren eigenen Bedarf gedeckt, kaum etwas bleibt für den freien Handel. Die Kleinen, die ihren letzten Rest schon verkauft haben, können sich nicht schadlos halten an der Entwertung der Mark. — Die Junker dagegen halten zurück, weil sie wissen, daß die Teuerung und die neuen Steuern zur weiteren Preissteigerung führen. Wenn dieser Zustand eintritt, dann werden sie dadurch, daß sie ihr Getreide zurückhielten, tatsächlich den Preis im freien Handel bestimmen, während die Kleinen dabei leer ausgehen werden.

Aber die **Junker** behaupten, sie haben keinen Einfluß auf die Gestaltung der Preise für freies Getreide. Warum riefen sie freien Handel? Weil sie höhere Preise wollten.

Wenn die Junker Georg Schmidt als Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiter-Verbandes als Kronzeugen für ihren Beweis anführen, so mag er sich selbst [illegible]

Wir wollen heute nur darauf hinweisen, daß bei der neuen Finanzreform alles daran gesetzt werden muß, um diese steuerlichen Vorgänge innerhalb der Lnadwirtschaft nun endlich zu beseitigen."

Kleinbauern, das ist „Demokratie"! Der kleine, hart arbeitende Mann wird besteuert danach, was das Finanzamt als herauszuwirtschaftenden Ertragswert festlegt,, der Junker, der Großgrundbesitzer kann je nach Belieben angeebn, welchen Betrag er zu versteuern bereit ist. Kleinbauer, du und deine Frau und Kinder quält Euch täglich 12 bis 14 Stunden, dem Großgrundbesitzer gibt das Finanzamt die Möglichkeit, soviel, wie Ihr in einem Jahr zusammen erarbeitet, mit einem Federstrich durch Steuerhinterziehung sich uz erwerben. Frechdreist erklären solche Finanzämter obendrein noch, wenn auch der bäuerliche Besitz keine höheren Erträge herausarbeitet, er muß trotzdem höher besteuert werden, je Flächeneinheit, als der Großbesitz. Kapitalistische Klassen-Steuerpolitik ist das und nicht Demokratie!

Eure Hoffnungen, Kleinbauern, auf Finanzreform, sind schon oft bitter enttäuscht worden. Wollt Ihr Euch noch länger selbst betrügen? Es gibt keine Finanzreform im bürgerlichen Staate, die Euch die Steuerlasten von der Schulter nimmt. Im Gegenteil! Es wird solange „reformiert", bis dem Kleinbauer, Arbeiter und Angestellten glücklich die ganze Steuerlast aufgebürdet ist. Wo noch einzelne Mängel sind in dahingehenden „Reformen" wird in den Bürokratenstuben der einzelnen Finanzabteilungen desto gründlicher „reformiert".

Kleinbauer, glaubst du, wenn die Träume der Junker und Junkerknechte, die dir heute schon das Mark aus den Knochen pressen, mit Hilfe ihrer Landbünde und Orgeschbanditen in Erfüllung gehen, wenn sie erst wieder die Regierungsgewalt an sich gerissen haben, würde es besser werden? Mit rücksichtsloser Gewalt werden sie die Lasten, die durch sie entstanden sind, dir und den städtischen und ländlichen Arbeitern aufbürden. Werden unter rücksichtslosester Ausbeutung der Werktätigen den zerfahrenen kapitalistischen Wirtschaftskarren aus dem Dreck zu ziehen versuchen.

Willst du länger noch dieser Ausbeutergesellschaft Vorspanndienste unter der Parole „Einheitsfront für die Landwirtschaft", durch Unterstützung der Landbundpolitik, leisten? Nur die dümmsten Kälber, wählen ihren Metzger selber. Darum, Arbeitsbauer, trete an die Seite deiner kämpfenden, revolutionären Arbeitsbrüder.

Kampf den Junkeren! Kampf den Landbünden! Kampf der kapitalistischen Steuerpolitik! Kampf unter der Parole:

Keine Steuern für die Kleinen!

Aufbringung sämtlicher Steuern aus dem Besitz der Großen!

Kleinbauern laufen Sturm gegen die Großgrundbesitzer.

„Es ist eine durchaus bekannte Tatsache, daß auf gutem Boden der Kleinbesitz vorherrscht, während die weiten Flächen mit zum Teil außerordentlich schlechten Böden sich in den Händen des Großgrundbesitzes befinden. Daraus erklärt sich doch ganz zwanglos die verschiedene Bewertung und der verschiedene Ertrag des Bodens."

So zu lesen im Junkerblatt „Deutsche Tageszeitung" vom 9. September 1921.

Das ist der Maßstab, der im bürgerlichen Staate angewandt ist zur Heranziehung der Kleinbauern zur Steuer wie auch zur Getreideumlage. Die Kleinbauern aus Liebenwerda (Halle-Merseburg) sind jedoch mit uns anderer Ansicht. Das zeigt ein uns zugegangener Bericht:

„Die Kleinbauern sind bei der Getreideumlageregelung mit ihren leichten Böden viel zu scharf herangezogen worden, während die großen Güter mit ihrem erstklassigen Boden zu wenig abgeben und große Mengen für den freien Handel zu höheren Preisen zur Verfügung haben. Die ganze Klasseneinteilung sei ein großes Unrecht für die kleinen Besitzer, und den Vorteil haben nur die „Großen". Die gesamten Kleinbauern laufen Sturm gegen den Großgrundbesitz, der hier wieder den Löwenanteil einheimst. Es fängt deshalb furchtbar an zu knistern im Kreisbauernbund und die Erregung ist überall groß gegen das Unrecht der Abgabe und die Klasseneinteilung. Während der Großgrundbesitzer Tausende von Mark aus dem Freihandelsgetreide einsackt, weiß der Kleinbauer nicht, wo er bei seiner meist starken Familie sein Getreide zur Erfüllung des Abgabesolls hernehmen soll. Dazu haftet er bei Nichterfüllung noch mit seinem ganzen „Vermögen"."

Kleinbauern, begnügt Euch nicht mit Beschwerdebriefen! Schließt Euch zusammen! Im Landbund, wo die Großen die erste Flöte spielen, werden Eure Interessen hundertmal verraten und mit Füßen getreten. **Schafft eine selbständige Kleinbauernorganisation!**

Dann könnt Ihr Seite an Seite mit den Land- und Industriearbeitern energisch **den Kampf gegen die großagrarische und großindustrielle Unterdrückersippe** aufnehmen!

Kleinbauern und Kleinpächter, denen die Großgrundbesitzer unverschämt hohe Bodenpreise und Pachtzinsen abnehmen, die höhere Erzeugerkosten haben als die Großgrundbesitzer, **setzen sich energisch für Verbilligung der Kartoffelpreise ein.** Sie erklären sich bereit, von ihrem geringen Kartoffelüberschuß den Zentner zu 25 Mark abzugeben. Wie hoch stellen sich dann immer noch die Profite der Großagrarier bei einem Kartoffelpreis von 45 Mark pro Zentner?!

Wenn in der halbamtlichen Erklärung von 40 bis 45 M. pro Zentner Kartoffeln gesprochen wird, so ist das noch lange nicht der Preis, den der Konsument bezahlen muß. Zwischenhandelsprofite, Umlagesteuer, Frachtkosten, Verladekosten usw. tragen noch zu einer wesentlichen Erhöhung der Kartoffelpreise bei. Im Kleinhandel kostet das Pfund Kartoffeln immerhin noch 70, 80, 90 Pfg.

Im Interesse der Kleinbauern und der Arbeiter muß das arbeitende Volk für gegenseitigen **Austausch der Produkte** zwischen Landarbeiter und Kleinbauer einerseits und Industriearbeiter andererseits, für **Festsetzung der Preise durch ihre Organe kämpfen.** Das erfordert: **Kontrolle über sämtliche Erzeugnisse, über Anbau, Ablieferung und Verwendung der Erzeugnisse durch die Räte des arbeitenden Volkes.**

Gegen die Futtermittelnot. Kleinbauern seid auf der Hut!

Die großagrarisch orientierte Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg hat dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft folgende Abhilfsmaßnahmen gegen die Futtermittelnot vorgeschlagen:

1. Verhinderung jeglicher Ausfuhr von Futter- und Nahrungsmitteln;
2. verstärkte Einfuhr von Futtermitteln und ihre aus öffentlichen Mitteln verbilligte Abgabe an die landwirtschaftliche Produktion;
3. Gewährung von Notstandstarifen für die Beförderung von eingeführten Kraftfuttermitteln überhaupt, und für inländische Kraftfuttermittel, Rauhfuttermittel und Stroh, soweit diese zur Behebung der Futtermittelnot zum Transport gelangen;
4. verstärkte Zulassung des Maisbrandes, da die Maisschlempe die Milchgewinnung besonders fördert.

Kleinbauern, denkt an die verbilligte Abgabe des Mais! Sie war ein **Milliardengeschenk** aus Euren Steuergroschen **an die Junker und Großgrundbesitzer.** Die Großgrundbesitzer leiden nicht an Futtermittelknappheit. Das geht aus Punkt 4 des Vorschlages deutlich hervor. Die Großgrundbesitzer wollen anstatt Steuern zahlen neue Geschenke aus Reichsmitteln. Den billig erhaltenen Mais würden sie zu teuren Preisen an Schnapsbrennereien verkaufen, dafür soll ihnen die Regierung wieder verbilligte Futtermittel liefern. Zahlen können's die Arbeitenden.

Kleinbauern, seid auf der Hut! Fordert von der Regierung, daß eingeführte **verbilligte Futtermittel nur an Kleinbauern** abgegeben werden. Die Mittel dazu sind mittels Umlage durch die Großgrundbesitzer aufzubringen.

Kampf gegen die Steuern.

In Berlin tagte am Sonnabend eine Delegiertenversammlung des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz, die sich mit den Steuerplänen der Regierung beschäftigte. Der Sinn der Reden aller Delegierten war der: „Wir wollen nicht zahlen! Wehe der Regierung, wenn sie versuchen sollte, uns Steuern aufzuerlegen." Oder, wie der Rittergutsbesitzer Hillger-Spiegelberg sagte: „Eine einmütig geschlossene Phalanx aller Schaffenden müsse zum Kampf gegen die Steuerpläne der Reichsregierung gebildet werden." Der wackere Rittergutsbesitzer versteht unter „Schaffenden" natürlich die großen Besitzenden.

Die Großagrarier verstehen ihre Interessen, und sie verstehen es, sie zu verteidigen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Henning zeigte in einer Großgrundbesitzerversammlung in Osnabrück den Weg dieses Kampfes: „Sollte sich eine Mehrheit finden, den Wirthschen Steuerplänen zuzustimmen, **so fordere ich Sie heute schon auf, in den Steuerstreik und Mieterstreik einzutreten!**"

Die Arbeitenden müssen sich daran ein Beispiel nehmen und für ihre eigenen Interessen mit der gleichen Rücksichtslosigkeit kämpfen, wie es die Kapitalisten tun.

Interesse für unsere Sache und für Rußland zu wecken.

Varietee Zeltgarten.

Wie vor dem Kriege ist der Zeltgarten auch jetzt wieder auf der Höhe der Zeit. Der Besitzer, Herr Maslankowsky, gibt sich die größte Mühe, den Besuchern das Beste zu bieten. Wer bei angemessenen Preisen ein paar vergnügte Stunden verleben will, wird sicher im Zeltgarten befriedigt werden.

Am 1. und 15. jeden Monats ist Programmwechsel. Außerdem finden sonntäglich von 12½ bis 2 Uhr Matinees statt, deren Besuch zu empfehlen ist.

Aus der Provinz.

Den Schnaps für die Reichen, den Schmachtriemen für das Proletariat.

Auf dem Rittergut **Diesche** bei Niesky, Kr. Rothenburg, das ein Herr v. Martin bewirtschaftet, wird wieder einmal der Beweis geliefert, wie die Junker mit der Ernährung des deutschen Volkes Schindluder treiben.

In Deutschland ist infolge der großen Dürre des letzten Sommers die Kartoffelernte eine sehr schlechte, was alle Arbeiter an den jetzt schon so hohen Preisen zu spüren bekommen. Auf dem Gute des Herrn v. Martin ist es aber möglich, daß Kartoffeln dem **Erfrieren** preisgegeben werden. Nicht etwa, daß „Leutemangel" schuld sei, nein, man ließ die Kartoffeln ausmachen und dann auf dem Felde liegen. Die Kartoffeln sind natürlich infolge der Nachtfröste hart angefroren und für die Ernährung nicht mehr zu verwenden.

endlich den Stumpfsinn ab.

Der Aktionsausschuß.

KPD., Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn. Sonnabend, 15. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Eisenbahn". Wichtige Tagesordnung. Die Mitglieder müssen alle erscheinen.

Achtung! Ortsgruppe Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 16. Oktober 1921, vorm. 9 Uhr in Finsterbrunn Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Parteitages der SPD. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. 3. Rußland-Hilfe. 4. Organisatorisches und Verschiedenes. Genossen, da die Versammlung sehr wichtig ist, erwartet der Vorstand vollzähliges Erscheinen.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 16. Oktober Bannerweihe der Ortsgruppe Nieder-Hermsdorf. Diejenigen Ortsgruppen, welche bereits Einladungen erhalten haben, werden ersucht, sich punkt halb 2 Uhr am Flora-Bassin einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Fanus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1866 und 1857.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm
Sonntag vormittag 11—1 Uhr
Große Matinee

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8 bis 14 Tagen.
Zahlreiche Dankschreiben. Für Kinder geeignet.
Preis 25 Mark.
F. Müller, [illegible], **Bremen**,
Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

3. Jahrgang / Nr. 233

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 865. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8387.

Sonntag, 16. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Die Teuerungswelle steigt.

Die Zementpreise sind vom Reichskommissar für Zement um etwa 10 Prozent erhöht worden, so daß der Höchstpreis im Gebiet des norddeutschen Zementverbandes 3950 M., im Gebiet des süddeutschen Zementverbandes 4000 M. beträgt.

Die Fahrzeugfabrik Düsseldorf A.-G. erhöhte ihr Kapital von 1½ auf 4 Milionen Mark. Man hofft, besonders auf günstige Entwicklung des Exports von Fahrrädern.

Auch in der Kaliindustrie herrscht Hochkonjunktur. Mit sieben amerikanischen Firmen sind Abschlüsse von insgesamt 75 000 amerikanischen Tonnen zustande gekommen. Der erzielte Preis für eine Tonne ist etwa 30 Dollar. Der Gesamtauftrag umfaßt also etwa 300 Millionen Papiermark. Betrug im Juli der Gesamtabsatz an Kali 59 000 Tonnen, wovon etwa 6000 Tonnen ins Ausland gingen, so stieg er im August bereits auf rund 100 000 Tonnen, davon 16 000 ins Ausland.

Die Frachtraten in der Elbeschiffahrt und Ostseeschiffahrt sind soeben erheblich, etwa um 25 Prozent, erhöht worden.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat A.-G. beabsichtigt, die Kohlenpreise erneut in die Höhe zu setzen.

Die Lederpreise sind um 35 Prozent gestiegen. Die Schuhpreise, die schon in den letzten Wochen in stark aufsteigender Linie sich bewegten, werden der Lederpreissteigerung entsprechend folgen.

Die Holzpreise sind weiter hinaufgeklettert. Das Exportgeschäft blüht.

Auch für Lebensmittel ist gute Konjunktur.

Die Margarinepreise sind um 2,50 Mark gestiegen.

„Infolge der kühlen Witterung ist der Weidegang stark eingeschränkt, die Produktion von Butter nimmt rapide ab. Bei der guten Nachfrage hat dies ein scharfes Anziehen der Preise zur Folge." Butterpreis im Großhandel 30 bis 32 M. pro Pfund.

„Die Aufwärtsbewegung der Preise am Lebensmittelmarkt hält weiter an und auch am Eiermarkt gehen die Preise ständig weiter in die Höhe." Im Großverkehr zahlt man für 1000 Eier zwischen 2100 und 2400 Mark; im Kleinhandel werden für Eier in Berlin bis zu 3 M. das Stück bezahlt, das ist fünfzigfacher Friedenspreis.

„Laßt sie nur kommen, wir sind gerüstet!"

Im Thüringer Landtag haben die drei sozialistischen Parteien eine Interpellation gegen die Kartoffelnot eingebracht. Obwohl Thüringen durchschnittlich eine gute Mittel-, zum Teil sogar eine sehr gute Ernte zu verzeichnen hat, treiben die Agrarier unter Führung des Landbundes einen unerhörten Wucher, der bereits zu Protestaktionen der Verbraucher geführt hat. Bei der Behandlung der Interpellation im Landtag stellte sich heraus, daß die Führer des Landbundes die Kartoffelnot bewußt herbeigeführt und auch erreicht haben, daß in dem kartoffelreichen Lande Preise bis zu 95 M. per Zentner bezahlt werden. Aus dem vom Wirtschaftsminister Fröhlich dem Landtage vorgetragenen Schriftwechsel ging hervor, daß der Landbund die Preistreiberei veranstaltet hat, um einen Ministersitz in der Regierung zu erpressen. Der Landbund enthüllte denn auch sein wahres Gesicht, als der Wirtschaftsminister für den Fall weiterer Sabotage durch die Landbundführer Handlungen der Regierung ankündigte. Der Landbündler Riemann, Kommandant der Wachsenburg-Batterie der Orgesch, rief: „Sie sollen nur kommen, wir sind gerüstet!" Diese sieben Worte kennzeichnen den wahren Charakter des Landbundes, der seine Volksfreundlichkeit als Partei des „sozialen Ausgleichs" tausendfach beteuert. Es ist der Geist Escherichs, der aus dem Zwischenruf spricht und der nicht nur in Thüringen, sondern auch im ganzen Reiche die profithungrigen Großagrarier wie Industriemagnaten beherrscht. Laßt sie nur kommen, die hungrigen Proleten, wozu haben wir unsere konterrevolutionären Formationen, die Waffenlager usw. Wir werden die hungrigen Proleten mit blauen Bohnen stopfen und nach Hause schicken!

Oesterreichisches Chaos.

Die Entwicklung, die das österreichische Wirtschaftsleben infolge der Fortdauer der kapitalistischen Anarchie und der ganz unmöglichen Abgrenzung des Landes nimmt, spottet jeder Beschreibung. Man kann heute nicht mehr von einem Sturz der Valuta und einem Emporschnellen der Preise hier sprechen, sondern das, was sich auf beiden Gebieten vollzieht, sind wahre Katastrophen. Von einem Tag zum anderen erlebt unsere Valuta schwerere Einbußen, als noch vor kurzem in verhältnismäßig langer Zeit und ebenso schnellen in Tagen die Preise um höhere Beträge empor als bisher in Monaten. Wenn das auch nur eine Zeitlang so weiter geht, stehen wir unmittelbar vor einem beispiellosen Zusammenbruch. In der Bevölkerung ist auch jede Hoffnung auf eine Gesundung unserer Finanzwirtschaft geschwunden. An die sagenhafte Kredithilfe der Entente, mit der man die Bevölkerung eine Zeitlang zu beruhigen verstand, glaubt kein Mensch mehr. Eine wahnsinnige Flucht vor der Krone setzte ein. Zuerst äußerte sie sich nur in einem Massenankauf und Hamstern fremder Valuten, wodurch die Entwertung der Krone natürlich nur noch beschleunigt wurde. Bezeichnend für die Gier nach solchen Valuten ist die Tatsache, daß der blutjunge Holländer Huim die erfahrensten Leiter der Wiener Großbanken um Milliarden prellen konnte, einfach, indem er so tat, als ob er auf eine Wertsteigerung der Krone spekuliere und deshalb Valuten verkaufen wolle. Nun, da sich die preissteigernde Wirkung der Kronenentwertung in geradezu unheimlicher Weise zu zeigen beginnt, kommt eine neue Verfallserscheinung krassester Art dazu, das Kaufen aus Angst. Während vor wenigen Tagen noch die meisten Waren infolge ihrer unsinnigen Preise fast unverkäuflich waren, reißen sich jetzt die Käufer um sie, obwohl, man könnte fast sagen, weil sie noch viel teurer wurden und werden. Wer Kronen hat, muß fürchten, daß sie morgen noch viel wertloser sein werden, als sie schon heute sind, und sucht sie los zu werden. Jeder sucht möglichst viel Waren, auch wenn er sie gar nicht braucht, zu kaufen, so lange sie noch „billig" sind. Das Anstellen vor den Geschäften beginnt wieder wie in der Kriegszeit. Vielfach mußten Wachleute gegen den Ansturm der Käufer einschreiten. Natürlich wird das Uebel dadurch nur noch verschlimmert, der Zusammenbruch beschleunigt. Die Kaufleute, die sich nach Käufer heiserschrien, verstecken die Waren, um sie später mit höheren Gewinnen verkaufen zu können. Zahlreiche Geschäfte wurden als ausverkauft gesperrt. Viele Kaufleute setzen die Preise in Franken oder Dollar an, um sich die Mühe des täglichen Hinaufnummeriens zu ersparen. Und dennoch rennen ihnen die Käufer den Laden ein. Natürlich kaufen nur Leute in dieser Weise ein, die Geld genug haben, ohne Bedarf kaufen zu können. Der Arbeiter kann sich noch weniger als früher auch nur das Notwendigste anschaffen und muß ingrimmig zusehen, wie ihm die Reichen nun noch alles wegkaufen, und dadurch die Preisklatterei beschleunigen, genau so wie sie ihm den Geldlohn entwerteten und noch weiter entwerten.

Natürlich wächst die Erregung in den Massen. Der Eisenbahnerstreik war ein kleines Vorspiel des Kommenden. Mit allen Mitteln versucht die Sozialdemokratie, hinter der die Arbeiterschaft bis heute noch fast geschlossen stand, jede Lebensregung der Massen zu unterdrücken. Aber schon der Eisenbahnerstreik zeigte, wie ihnen die Zügel zu entgleiten beginnen. Wohl gelang es ihnen durch skrupelloseste Anwendung aller Mittel, von der Verleumdung angefangen bis zur Aufbietung der Ordner, durch Zersplitterung, Mißachtung des primitivsten Solidaritätsgefühls und direkten Befehl zum Streikbruch, diese prächtige Massenbewegung abzuwürgen, ehe ein voller Erfolg erreicht wurde. Aber während beim letzten Eisenbahnerstreik nur die Südbahner im Kampfe standen, umfaßte diesmal die Bewegung alle Bahnhöfe, und zahlreiche Anzeichen zeigten die Erbitterung der Eisenbahner gegen ihre Gewerkschaftsführer und gegen die Sozialdemokratie. Zum ersten Male demonstrierten z. B. nichtkommunistische Arbeiter gegen die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung". Darüber sind die Herrschaften natürlich vor Wut außer sich und entfalten von hinten herum eine wütende Hetze gegen die Kommunisten. Oeffentlich verhalten sie sich merkwürdig still. Sie können es sich offenbar nicht mehr leisten, für die Kommunisten Reklame zu machen.

Gegen den drohenden finanziellen Zusammenbruch hat die Sozialdemokratie ein Heilmittel gefunden, ihren „Finanzplan", der „im Einvernehmen mit den Arbeitern" von den Kapitalisten beraten werden soll. Der Königsgedanke ist, daß alle Klassen Opfer bringen müssen, um der Defizitwirtschaft und damit der Geldentwertung Einhalt zu gebieten. Der Plan verlangt gewiß auch von den Besitzenden und Unternehmern Opfer, aber diese müssen selbstverständlich auf dem Papier bleiben, solange kein Kampfwille dahinter steht. Und vor dem Kampf warnen die Bauer und Adler unermüdlich. Um vor jedem Kampf abzuschrecken, dazu ist ihnen die Horthy-Gefahr, gegen die sie sonst nichts tun, gerade gut genug. Das haben sie auch beim Eisenbahnerstreik bewiesen. Der Plan

Auf dem Wege zur Stinnesregierung.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

(WTB.) Berlin, 15. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts hat der Reichskanzler, Dr. Wirth, eine Erklärung über die Stellung der deutschen Reichsregierung zu der Entscheidung des Völkerbundsrats in Genf abgegeben.

Der Inhalt dieser Erklärung läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Falls die Entscheidung so falle wie zu befürchten sei, so sei eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtige, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reichs übernommen und geführt habe. Eine abschließende Entscheidung werde das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliege.

Der Reichskanzler stellt dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Nur Scheinrücktritt Wirths!

Es bestätigt sich immer mehr, daß die Rücktrittsdrohung der Reichsregierung nicht anders als vor zwei Jahren die auch nicht verdorrte Hand Philipp Scheidemanns in erster Linie als Druckmittel auf die endgültige Entscheidung der Ententemächte über Oberschlesien gedacht ist. Zu gleicher Zeit soll sie innerpolitisch die gute Gelegenheit zur beschleunigten Erweiterung der bestehenden Koalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei geben. Bereits wird die nationale Einheitsfront von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur SPD. im Oberschlesienrummel hergestellt. Es scheint, auch bei allem Rücktrittsgeschrei, hinter den Kulissen die Einigung darüber vollzogen zu sein, daß Herr Wirth bleibt und höchstens einen Scheinrücktritt vollzieht, auf den seine erneute Beauftragung mit der Kabinettsbildung womöglich auf nach rechts verbreiterter Basis erfolgen soll.

So berichtet das „Berliner Tageblatt" aus der gestrigen Kabinettssitzung:

„Sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, so könnte nach einstimmiger Ansicht der Kabinettsmitglieder Dr. Wirth gegebenenfalls mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt werden."

Auch die deutschnationale „Kreuzzeitung", der keine Koalitionsbeteiligung ein diplomatisches Schweigegebot auferlegt, schätzt die Situation mit folgenden Sätzen ein:

„Wenn man zwischen den Zeilen liest, so scheint uns die Auffassung nicht von der Hand zu weisen zu sein, daß ein Rücktritt des Kabinetts nur als eine formelle Demonstration gedacht ist. Der Reichspräsident könnte dann Dr. Wirth aufs neue mit der Kabinettsbildung betrauen."

Die Stinnespartei stellt Forderungen.

(WTB.) Berlin, 15. Oktober.

Bei der Deutschen Volkspartei macht sich der Standpunkt geltend, daß die Regierung Wirth bei der Annahme des Ultimatums im Mai dieses Jahres die volle Garantie für die Erfüllung dieses Ultimatums übernommen hat. Diese Garantie erfolgte jedoch in der festen Ueberzeugung, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleiben werde. Es wird nun in der Deutschen Volkspartei erklärt, die Entscheidung über Oberschlesien habe bewiesen, daß dieser Politik der Verständigung noch immer eine Politik der Macht von seiten der Entente gegenüberstehe. Unter diesen Umständen wäre es das Zweckmäßigste, durch einen Personenwechsel in der Regierung zu dokumentieren, daß Deutschland zwar fernerhin die Absicht habe, das Ultimatum zu erfüllen, jedoch nur soweit, als Deutschland durch den Verlust Oberschlesiens dazu imstande sei.

Das heißt auf Deutsch: Die Deutsche Volkspartei beansprucht die wichtigsten Posten für sich.

Auch die Deutschnationalen für die Stinnes-Koalition.

(TU.) Frankfurt a. M., 15. Oktober.

In einer von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Düringer (Dn.) über die politische Lage. Der Redner führte u. a. aus, daß auch seine Partei mit aller Kraft bestrebt sei, das Ultimatum zu erfüllen, obgleich sie diese Erfüllung für schlechterdings unmöglich halte. Der Redner kam u. a. auch auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sprechen und betonte, er könne ihn nur begrüßen und wünschen, daß die Deutsche Volkspartei in der Lage sein werde, hier Unheil zu verhüten.

*

Der Beifall, den selbst die Deutschnationalen einer „Koalition der Mitte" zollen, zeigt den Arbeitern, was sie erwartet.

Sie dürfen sich auch nicht durch die Kundgebungen der SPD. und USP. für Wirth nasführen lassen. Wirth ist jetzt nur noch der Platzhalter der Stinnesregierung.

Im Bruch mit jeder Illusion an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Bourgeoisie, mit der Koalitionspolitik liegt die Zukunft der Arbeiterklasse. Die Einheitsfront der Bourgeoisie, verkörpert durch die „breite Koalition", muß die Arbeiterschaft gewappnet und einig finden.

Der Reichstag bleibt vertagt.

(TU.) Berlin, 15. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstags hielt heute abend eine Sitzung ab, um sich über die Einberufung des Reichstages zu verständigen. Da jedoch die amtlichen Grundlagen für die Beurteilung der oberschlesischen Frage noch fehlen, ist von einer sofortigen Berufung des Reichstages Abstand genommen worden; der Aeltestenrat wird spätestens am Montag vormittag wiederum zu einer Sitzung zusammentreten. Die Mitglieder des Reichstages sind aufgefordert worden, sich auf jeden Fall auf eine rasche Einberufung des Reichstages einzurichten.

Der Reichskanzler, der an der heutigen Sitzung teilnahm, stellte fest, daß nach einmütigen Anschauungen des Kabinetts ein Rücktritt der Reichsregierung vorläufig nicht in Frage komme, damit in dieser schwierigen Zeit eine aktionsfähige Regierung im Amte ist.

erwähnt ferner mit keinem Worte die Notwendigkeit einer Produktionskontrolle durch die Massen, die allein die Abwälzung der „Besitzsteuern" auf die Konsumenten vereiteln könnte. Das Gefährlichste ist aber, daß der Finanzplan die Regierung geradezu zu einer Wucherpolitik gegen die Arbeiter aufmuntert. Er verlangt, daß alle Klassen Opfer bringen. Deshalb fordert er Tariferhöhungen, Abbau der Staatszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel, also eine Verteuerung aller Waren. Wohl heißt es in dem Finanzplan, daß alle seine Forderungen ein zusammenhängendes System bilden, aber es ist klar, daß die Energie jedes Widerstandes gegen Maßnahmen gebrochen wird, die man selbst fordert, auch wenn die Regierung nur die Opfer der Arbeiterklasse einzieht. Schon hat die Regierung den Abbau der Brotverbilligung in Aussicht gestellt, den Abbau der Fleischverbilligung verwirklicht. Die Tarife erhöht sie mit der sozialdemokratischen Gemeinde um die Wette. Sie verwirklicht, wie man sieht, recht viel vom Bauerschen Finanzplan.

So sieht es in Oesterreich aus, während Horthy und Friedrich an der Grenze drohen und ununterbrochen rüsten. Auch gegen diese Gefahr unternimmt die Sozialdemokratie nichts, ebensowenig wie gegen die erstarkende Reaktion im Innern, wie dies die neuesten Vorfälle in Tirol zeigen, wo sich die Reaktion ganz offen bewaffnet und drohend auftritt. Dafür aber wirft sie gerade jetzt die unbequemen Mahner zum Handeln, die Kommunisten aus der Leitung der zum Schutze gegen die Reaktion geschaffenen Ordnerorganisationen hinaus. Die Kommunisten mußten ihre Mandate in der Exekutive des Kreisarbeiterrates niederlegen, weil sie einen Beschluß nicht decken konnten, der unsere Partei maßlos beschimpfte und die Verwendung der Ordner nach Noske-Art gegen streikende Eisenbahner lobend anerkannte. Das nehmen die Sozialdemokraten zum Vorwand, um uns gegen unseren leidenschaftlichen Widerstand unsere Vertretung in der Leitung der Ordnerorganisation zu rauben, die dem Kreisarbeiterrat unterstellt ist. Unsere Genossen sind entschlossen, sich jeder Verdrängung aus dieser Organisation und aus den Arbeiterräten, mögen diese noch so schwindelhafter Natur sein, energisch zu widersetzen. Jetzt mehr als je.

Wir Kommunisten benützen natürlich alle diese Dinge mit größter Energie und großem Erfolg zur Aufklärung und Gewinnung der Arbeiter, zur Entlarvung ihrer falschen Freunde. Wir sind das zum Kampfe auch für die kleinsten Notwendigkeiten des Tages wie gegen die furchtbar wachsende drohende Gefahr treibende Element, wenn wir auch vorläufig noch so schwach sind, daß wir nur warnen und mahnen, nicht aber helfen können. Die gegenwärtige Lage, die von uns für die Zwecke der proletarischen Sache noch weitaus wirksamer ausgenützt werden könnte, wenn wir eine entsprechend ausgebaute Organisation und Presse hätten, zeigt uns Kommunisten aber auch, wie sehr wir die Arbeit an unserer Organisation in den Vordergrund rücken und aufs äußerste beschleunigen und vertiefen müssen. Das ist natürlich noch viel mehr deshalb notwendig, weil die Entwicklung hier unaufhaltsam zu schweren Klassenkämpfen drängt, in welche das österreichische Proletariat bei seinem Mangel an revolutionärer Erfahrung mehr noch als jedes andere eine leistungsfähige kommunistische Partei brauchen wird, wenn es nicht furchtbares Lehrgeld zahlen soll.

Darum heißt es für die Kommunisten: Heran an die Massen und heran an die Arbeit!

Der ungarische Kriegsplan.

Wien, 15. Oktober.

Der „Abend" erfährt aus militärischen Kreisen, daß allem Anschein nach die Führer der westungarischen Banden in der nächsten Zeit eine große Aktion gegen Wiener-Neustadt und gegen den Semmering planen, um sich der großen Munitionslager auf dem Steinfeld zu bemächtigen und die dortigen Arbeiterwehren mit einem Schlage zu entwaffnen. Dieser Plan geht deutlich aus der organisatorischen Aufstellung der ungarischen Banden in zwei Stoßkolonnen hervor. Erst dann soll ein Vorstoß gegen Wien erfolgen, bei dem auf die Mithilfe der christlichsozialen Heimwehren in den Ländern gerechnet wird, die stark bewaffnet sind und unter ausschließlich monarchistischer Führung stehen.

Wie erst durch die heutige Morgenpresse bekannt wird, haben in der Nacht zum Sonntag ungarische Banden das ärarische Elektrizitätswerk in Bruck an der Leitha überfallen und die Kassen ausgeplündert. Sie wurden von österreichischer Volkswehr zurückgetrieben. Der Ueberfall wurde durch Verrat der werkführenden Ingenieure ermöglicht.

Achtet auf Waffentransporte!

Die „Hamburger Volkszeitung" meldet in ihrer Dienstag-Abendausgabe:

Soeben wird uns von Arbeitern mitgeteilt, daß im Hafen auf Schuppen 24 zirka 1500 bis 1800 Kisten mit Patronen lagern, die mit einem Dampfer von der Halcion-Linie, der dort augenblicklich verladet, nach Rumänien gebracht werden sollen. Sie sind gezeichnet mit I. J. und laufender Nummer.

Die Arbeiterschaft muß überall diese und ähnliche Waffentransporte anhalten. Alle Waffen- und Munitionstransporte, die nach den russischen Randstaaten dirigiert sind, sollen der Niederzwingung Sowjetrußlands dienen. Es genügt nicht, daß das Proletariat allein durch Sammlungen die russischen Brüder vor dem Verhungern zu schützen versucht. Es muß vor allen Dingen auch die Ursachen der russischen Not, die militärische Einkreisung und räuberischen Ueberfälle auf das Rußland der Arbeiter und Bauern zu bekämpfen und verhindern wissen.

Orgesch im besetzten Gebiet.

Eine geheime Versammlung von 32 aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet zusammengekommenen Orgeschoffizieren wurde am Samstagabend gegen 7 Uhr im Crefelder Hotel „Zur Stadt München", das dem reaktionären Zentrumsstadtverordneten Wilmeroth gehört, von belgischen Besatzungstruppen aufgehoben und verhaftet. Unter den mit militärischer Bedeckung ins Gefängnis gebrachten Orgeschbanditen befinden sich der General von Mertens (Coblenz), ein als Kriegsverbrecher angeklagter Oberst, Rittergutsbesitzer, bekannte höhere Verwaltungsbeamte sowie Söhne Crefelder großindustrieller Familien. Bei dieser Gelegenheit und den sofort vorgenommenen Haussuchungen wurde sehr belastendes Material der Orgesch gefunden. Die politische Polizei, die sich eifrigst gegen die Kommunisten betätigt, hatte gegen den längst bekannten monarchistische Organisationsherd in Crefeld bisher nichts unternommen.

Der Bock als Gärtner.

Herr Dominicus und der ostpreußische Selbstschutz.

Königsberg, 15. Okt.

Das Oberpräsidium teilt mit: Die „Königsberger Volkszeitung" bringt in dem Leitartikel ihrer Nummer vom 11. Oktober 1921 Mitteilungen über die Entwaffnung Ostreußens, wonach von seiten privater Organisationen trotz der behördlichen Anordnungen Waffenlager in der Provinz unterhalten werden. Es ist sofort von seiten des Oberpräsidiums Veranlassung genommen worden, eine Untersuchung auf Grund der gegebenen Anschuldigungen einzuleiten. Die Schriftleitung des genannten Blattes und die Leitung der SPD. Ostpreußens werden aufgefordert, das in dieser Hinsicht vorhandene Material dem Oberpräsidium zur Verfügung zu stellen, um auf Grund desselben die Untersuchung mit aller Unparteilichkeit unter Wahrung der berechtigten Interessen der gesamten Bevölkerung Ostpreußens führen zu können.

Die Aufforderung, das Material gegen die Orgesch dem Oberpräsidium auszuhändigen, kommt einem offenen Hohn gleich, wenn man bedenkt, daß die Enthüllungen des sozialdemokratischen Blattes nicht mehr und nicht weniger aussagen, als daß der preußische Minister des Innern, Herr Dominicus, mitsamt seinem Oberpräsidium, bisher gegen die ostpreußische Orgesch völlig versagt, ja sie wohlwollend geduldet hat. Dem „Berliner Tageblatt" wird über die Veröffentlichung der „Königsberger Volkszeitung" folgendes telegraphiert:

„Die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung" bringt in ihrer heutigen Ausgabe unter der Ueberschrift: „Herr Minister Dominicus, wir klagen Sie an!" einen überaus scharfen und aufsehenerregenden Angriff auf die ostpreußischen Provinzialbehörden und den preußischen Minister des Innern Dominicus, in welchem diesem der Vorwurf stillschweigender Duldung der Selbstschutzorganisationen in Ostpreußen gemacht wird. Es wird darin behauptet, daß in Ostpreußen noch umfangreiche Waffenlager vorhanden sind, die vom Ostdeutschen Heimatbund versteckt seien und von denen Minister Dominicus Kenntnis haben soll. Die „Volkszeitung" behauptet, von Waffenfunden zu wissen, die bis zu 200 schwere Maschinengewehre umfassen. Wenn die aufgefundenen Waffen der Behörde übergeben wurden, dann lieferte die Behörde die Waffen der Reichstreuhandgesellschaft aus. Bei der Reichstreuhandgesellschaft verschwanden sie und landeten dann wieder beim Ostdeutschen Heimatbund. Wie weit an diesen Schiebungen das Wehrkreiskommando beteiligt war, kann die Zeitung noch nicht angeben. Die „Volkszeitung" behauptet, den Nachweis führen zu könen, daß der Ostdeutsche Heimatbund durch Vermittlung einer Berliner Zentralstelle in Verbindung mit Escherich und seiner Orgesch stehe."

Stinnes ruft, Wels folgt.

Während die USPD. die Rechtssozialisten weinerlich beschwört, sich nicht mit Stinnes zu koalieren, macht die SPD. wiederum deutliche Schritte zur Annäherung an die Deutsche Volkspartei. Das Zwischenspiel mit den Unabhängigen, mit dem man den sozialdemokratischen Arbeitern etwas vorzumachen dachte, ist vorbei und das Programm von Görlitz, die Kapitulation vor der Stinnespartei, wird wieder aktuell. Stinnes ruft, und Wels folgt. Nach der „Tel.-Union" hat er auf dem sozialdemokratischen Parteitag für Hessen-Nassau sich folgendermaßen ausgesprochen:

„Wenn wir Deutschland vor dem Ruin retten und das Kabinett Wirth, das Kabinett der Erfüllung, erhalten wollen, dann bleibt uns kein anderer Ausweg, als die

Vertreter der Industrie in die Regierung

einzubeziehen. Die Art, wie in Bayern und in Preußen die Verfügungen des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik sabotiert wurden, müssen jedem Parteifreund die Meinung aufzwingen, daß wir unter allen Umständen wieder in die preußische und bayerische Regierung eintreten müssen."

Damit sollte Herr Wels die letzten Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter über die Politik ihres Parteivorstandes beseitigt haben.

Kartoffelwucher und kein Ende.

Kartoffeln werden nicht verschoben — sagt die Regierung.

Um die Bevölkerung, die durch große Getreide- und Kartoffelschiebungen ins Ausland und durch Hamsterankäufe im ganzen Reich beunruhigt ist, — denn die Ware wird immer knapper und teurer — wieder zur Ruhe zu bringen, erläßt das WTB. eine sehr tiefsinnige Verlautbarung:

„Wie wir aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfahren, beruhen die zu Beginn des neuen Erntejahres beobachteten Preistreibereien auf dem inländischen Getreidemarkt nicht auf Verschiebungen von Getreide ins Ausland, sondern erklären sich vor allem aus den geringen zunächst auf den Markt gelangten Mengen von Inlandsgetreide und dem in der ersten Zeit allgemein vorhandenen Bestreben, sich nach Möglichkeit sofort mit Getreide einzudecken."

Das Publikum mag ruhig sein: Die Preistreibereien, die auch das WTB. nicht wegleugnen kann, haben andere Ursachen als man glaubte. Gleichwohl ist das WTB. weitsichtig genug, um auch den Fall einer Verschiebung ins Ausland ins Auge zu fassen, sind doch bekanntermaßen im vergangenen Jahre Kartoffeln und Getreide tonnenweise über die Grenze geschmuggelt.

25 Millionen Mark für die Hungernden in Rußland.

Das Resultat der Arbeitersammlungen für die Hungernden in Rußland durch die mit dem Auslandkomitee in Verbindung stehenden Hilfskomitees und Organisationen sind wie die letzten Berichte vor allem aus Frankreich, Schweden, Norwegen, Schweiz zeigen, bedeutend höher, als angenommen werden durfte. Nach den Berichten aus den letzten Tagen sind heute bereits durch die Komitees gesammelt und in den Händen der Landes-Komitees zusammengefaßt über

25 000 000 Mark.

Die Beträge sind zum weitaus größten Teil Barmittel, die gesammelten Sachwerte machen nur in Deutschland einen größeren Teil der Spenden aus. Die Summen verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt: Frankreich 8 Mill. Mark; Italien 3 Mill. Mark; Schweiz 1 500 000 Mark; Norwegen 1 500 000 Mark; Schweden 3 Mill. Mark; Holland, Komm. Partei, 590 000 Mark; Holland, Syndikalisten, 300 000 Mark; Belgien 270 000 Mark; England 1 Mill. Mark; Dänemark 500 000 Mark; Deutschland (L.A.H.) an barem Geld und Sachwerten 2 300 000 Mark; Deutschland (Arbeiter-Union, Gelsenkirchen) 30 000 Mark; Spanien 500 000 Mark; Tschechoslowakei (von der Kommunistischen Partei allein gesammelt nach der Spaltung des gemeinsamen Komitees) 500 000 Mark; dazu kommen 2½ Millionen österreichische Kronen und 500 000 polnische Mark, und Beträge, deren Höhe noch schwanken, vom Balkan.

Diese Summen sind lediglich von den Arbeiter-Hilfs-Komitees oder von den Kommunistischen Parteien gesammelt worden, dazu kommen wenigstens noch 20 Millionen Mark, die auf Initiative und Anträge der Arbeiter-Hilfs-Kommissionen oder der kommunistischen Fraktionen von Stadt- und Landparlamenten bewilligt wurden, in Betrieben, Fabriken, Gewerkschaften usw. gesammelt, und deren Beträge aber der Amsterdamer Internationale oder den Roten Kreuz-Verbänden übermittelt wurden.

Dort, wo man Hungers stirbt.

1] Von P. Podaschewski.

Es ist eine große Ortschaft mit tausend Häusern und ungefähr 6000 Einwohnern. Früher war sie sehr reich.

Mehl hatten wir sehr viel, erzählen die Bauern, alles war förmlich vollgestopft mit Mehl, und dabei war es erste Sorte.

Plötzlich aber wird Jwanovka vom Flecktyphus überfallen, der schreckliche Formen annimmt, dreihundert Leben fortrafft. Der Flecktyphus vergeht, — da kommt irgendwoher die Cholera. Die Cholera entwickelt sich in eine wahre Massenseuche. Man zeigt einem jetzt verschlossene Häuser, in denen es „alle niedermachte", eine Familie aus fünf bis sechs Personen, alle trug man sie in zwei Tagen auf den Friedhof, und die Nachbarn verschlugen mit Nägeln die Fensterläden. Ich durchblätterte in der Kirche das „Buch der Begrabenen", und fortwährend flimmerte vor meinen Augen die Bemerkung: „Cholera".

„Sie können es gar nicht glauben," erzählt der Pope aus seinen Erinnerungen, „zehn bis zwölf Särge trug man täglich hinaus. An kirchliche Zeremonien war gar nicht mehr zu denken. Die Leute wurden von panischer Furcht ergriffen, alles kam in Verwirrung. Sie versammeln sich bei der Kirchenmauer, umringen den Popen und fangen an, verzweifelte Fragen an ihn zu stellen, als ob er ein von oben verliehenes Geheimnis wüßte!"

„Väterchen, was ist denn das? Ist vielleicht das Ende für das ganze Dorf hereingekommen? Sag' es uns, damit es alle im voraus wissen!" Und sie waren alle hilflos, wie kleine Kinder.

Ebenso wie man nicht wußte, woher die Cholera kam, verstand man auch nicht, warum sie auf einmal in der größten Hitze plötzlich verschwand, und in dem „Buche der Begrabenen" schon ein anderes Pendantum des Todes häufiger wurde: „Hunger! Hunger!" . . .

Das Hungern fing in Jwanovka schon zu Ostern an, man nährte sich nur noch zur Hälfte, alles mögliche würgte man herunter, man legte sich hungrig schlafen, aber niemand verlor den Mut, und warum sollte man es auch, da es doch nur ein Katzenjammer war bis zur neuen Ernte.

Und als sich sogar die neue Saat zeigte, vergaß man den Hunger ganz. Die Saat versprach eine selten gute Ernte, wenigstens zu 30 Pud von der Desjatine. Schon allein diese „Erntenaussichten" konnten einen satt machen.

Sie wurden von diesen Aussichten aus sehr einfachem Grunde satt. Allem Hab und Gut gaben sie, auf die Ernte rechnend, den Laufpaß. Um Großen kamen Käber und Schafe weg, man aß die Hühner auf, und dies alles mit leichtem Herzen, denn morgen ist ja das neue Brot da, und alles wird hundertfach zurückkommen, die Ernte wird alles gutmachen.

Der April verging ohne einen Tropfen Regen. Die Sonne brannte förmlich. Das erweckte eine gewisse Unruhe, aber man verlor noch nicht die Hoffnung. Da war ja noch der Mai! Ein, zwei Regen und alles wird besser werden! Es kam der Mai. Es kam die erste, die zweite Decke und noch immer kein Regen. Die Leute kamen wie gebrochen von den Feldern.

„Die Aehren trocknen wie schwindsüchtig dahin", erzählte der Feldscher. Die Leute versammelten sich im Sowjet, als ob hier die Schlüssel der Himmelskanäle verwahrt wären: man veranstaltete Gottesdienste und betete um „Herniederscendung des Wassers". Die Sonne war weiter unerbittlich.

Nun durchlief das verhängnisvolle Wort die ganze Republik: „Dürre!"

Alles ging auf einmal zu Grunde, wie durch ein Unwetter wurden alle Berechnungen und Hoffnungen umgestürzt, gleichsam, wie wenn ein Sonderzug mit voller Schnelligkeit von den Schienen entgleist.

Aber damit nicht genug, ein Unglück kommt ja, dem Sprichworte gemäß, nie allein, — „ein Unglück bringt das andere", — so geschah es auch hier. Die Dürre brachte die Heuschreckenplage mit sich.

Die Ernte war ausgebrannt, aber hier und da blieb die Saat doch noch erhalten.

„Wir dachten, daß wir doch noch etwas einsammeln würden", erzählten die Bauern, „wenigstens 30 oder 20 Pud von der Desjatine, da kamen aber die Heuschrecken in Scharen wie Wolken."

Die Heuschrecken machten „reinen Tisch", und am Ende konnten nur Glückspilze 20—30 Pud von der Desjatine einsammeln. Die übrigen bekamen kein einziges Körnchen.

Die Bauern von Jwanovka erzählen das alles mit einer besonderen Erbitterung gegen das Schicksal.

„Alles schlug so gegen uns aus, als ob Gott absichtlich alles gegen uns gerichtet hätte." Einmal sahen wir ja, es kommt eine Wolke, eine gute, eine Regenwolke, kommt gerade auf uns zu, wir sprangen alle hinaus, warten und freuen uns alle, — die wird wenigstens etwas feucht machen, — was geschah aber, was glauben sie?! Die Wolke kam weiter und weiter heran und gerade vor unserem Dorfe macht sie eine Wendung und ging seitwärts ab. Karlovka wurde feucht, Karmelik auch und wir — wenn wir wenigstens einen Tropfen bekommen hätten?! Aber gar nichts. In Karlovka erhöhte sich die Ernte auf einmal von 3 auf 5 Pud, bei uns wurde es aber noch schlimmer, weil die Heuschrecken vom Dorfe alle zu uns kamen, die Heuschrecke bleibt ja nicht, wo es feucht ist, sie kam also zu uns zu Gast, auf diese unsere dürren Felder."

Aus diesen unverständlichen himmlischen Kombinationen zogen die Bauern eine für sie bittere Folgerung:

„Also auch Gott ist gegen uns . . .! Da müssen wir uns schon ergeben . . .!"

Und sie ließen die Hände sinken.

Jetzt setzte schon der Hunger ohne jede „Aussichten" ein. Die „Ernte" wurde eingesammelt. Einige gingen gar nicht auf ihre Felder hinaus: auf ihrem Teile gab es keine einzige Aehre. Bei anderen stand die Sache besser, — sie brachte 10—20 und manchen sogar 30 Pfund von der Desjatine nach Hause. Das Einsammeln trug einen bisher nie gesehenen Charakter. Man schnitt und mähte nicht, die Leute krochen einfach auf ihren Feldern umher und rissen „die Ernte" ährenweise heraus, aber tief mit der Wurzel, damit kein Zentimeter des rettenden Strohes verloren gehe. In unerhörter Form verfloß auch der weitere Teil dieser „Erntezeit". Das eingesammelte Getreide wurde nicht gedroschen, nicht gesäubert und nicht gemahlen, sondern man machte es so: die ungereinigte Aehre, damit auch die Zöpfchen nicht zugrunde gehen, wurde samt dem Stroh und der Wurzel und mit den Sträublättchen im Ofen getrocknet und dann entweder einfach in dem Mörser gestoßen oder in einer selbstverfertigten Handmühle gemahlen. Das Brot war fertig und es war doch ein Brot.

Später fing schon das Grünfutter an, das gleiche für Mensch und Tier. Unweit vom Dorfe ist ein kleines Wäldchen und daher kamen sofort bei Morgendämmerung Schafe, Kühe, Pferde, Bauern und weideten dort alles zusammen, in einer Herde, so lange die Morgenkühle anhielt. Sie nährten sich mit denselben Wurzeln und Gräsern.

Lang ist das Verzeichnis der Gräser und Kräuter, die hier

„Um Verschiebungen von Getreide und Mehl und Kartoffeln ins Ausland zu verhindern, sind die Kontrollstellen noch zu besonderer Aufmerksamkeit angehalten worden. So bekommen nach den verschärften neueren Vorschriften auch dann, wenn im Einzelfall die Ausfuhr von Saatgut, Kartoffeln oder von im Veredelungsverkehr hergestellten Mehl zugelassen wird, Privatpersonen Ausfuhrscheine überhaupt nicht in die Hand, und ist damit ein weiterer Riegel der verbotswidrigen Ausfuhr vorgeschoben."

Das WTB. muß zugeben, daß die Reichs- und Landesbehörden auch in diesem Jahre Mitteilungen über Verschiebungen von Lebensmitteln haufenweise bekommen haben.

„Derartigen Anzeigen ist grundsätzlich nachgegangen; es hat sich jedoch in keinem einzigen Falle ein greifbarer Anhalt dafür ergeben, daß derartige Aufkäufe zum Zwecke der Verschiebung ins Ausland erfolgt sind oder zu solchen Verschiebungen geführt haben."

Die Behörden haben also angeblich keinen „greifbaren Anhalt" gefunden, was bei der Arbeitsweise mancher Behörde gar nicht Wunder nimmt. Zum Schluß heißt es:

„Ob nicht, insbesondere über die grüne Grenze, Getreide und Kartoffeln in kleinen Mengen ins Ausland geschmuggelt werden, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit ausschließen. Wo Anzeichen für einen solchen Mißbrauch bestehen, sind besondere Ueberwachungsmaßnahmen angeordnet. Bei festgestellten Zuwiderhandlungen werden mit allem Nachdruck die scharfen Strafbestimmungen für verbotswidrige Ausfuhr, die in schweren Fällen Zuchthaus androhen, angewendet werden."

Interessanter als die vollkommen theoretischen Strafandrohungen mit Zuchthaus ist das Zugeständnis, daß die Möglichkeit, Kartoffeln und Getreide wenigstens „über die grüne Grenze" zu verschieben, sehr wohl besteht. Wir fragen aber die Regierung, was sie gegen die **Massenaufkäufe von Lebensmitteln, insbesondere von Kartoffeln, tut. Diese Aufkäufe, für die wir kürzlich aus Pommern und Rügen krasse Beispiele brachten, nehmen allenthalben solche Dimensionen an, daß die Lebensmittelversorgung der breiten Massen der Bevölkerung gegen Ende des Erntejahres, wenn nicht schon im Winter, zu einer Katastrophe führen muß.**

Nationalistischer Rummel im Landtag.

Die Donnerstagssitzung des Preußischen Landtags wird durch eine von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, gebilligte Erklärung Leinerts eröffnet, in der mit nationalistischen Phrasen gegen die Beschlüsse des Völkerbundes über Oberschlesien Stellung genommen wird. Während der Verlesung durch den Präsidenten Leinert erheben sich sämtliche Abgeordnete, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, von ihren Sitzen. Im Auftrage der kommunistischen Fraktion erklärt der Genosse Meyer, daß die Kommunisten diesen Ausführungen nicht zustimmen können. Er will weiter dagegen protestieren, daß Leinert die Abgabe einer eigenen Erklärung der KPD. verhindert, wird aber von Leinert unterbrochen. Auch Leid gibt für die Unabhängigen einen Protest ab. Während die Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen die Kommunisten toben, versucht der Sozialdemokrat Heilmann seine deutschnationalen Freunde zu beruhigen.

Es folgt dann die Fortsetzung der Aussprache über Bekenntnis- und Weltanschauungsschule. In der Debatte weist der Genosse Dr. Meyer darauf hin, daß man mit der Abschaffung des Religionsunterrichts den meisten Lehrern und der Elternschaft einen Gefallen tue. Gerade die ernsten gläubigen Kreise müßten sich gegen den Zwangsreligionsunterricht wenden. Auch an diesem Tage beweist der Landtag, daß er überall bestrebt ist, alle dem Bürgertum nicht genehmen Ausführungen zu verhindern. Gerade wie als letzter Redner unser Genosse Schneider das Wort erhalten soll, beschließt die bürgerliche Mehrheit Schluß der Debatte. Der Antrag, die deutschnationale Anfrage über Bekenntnis- und Weltanschauungsschule und den unabhängigen Antrag über Wegfall des Religionsunterrichts dem Unterrichtsausschuß zu überweisen, wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Fraktionen und der Demokraten abgelehnt. Der Antrag Kunert (USP.) auf Wegfall des Religionsunterrichts wird gegen die sozialistischen Parteien abgelehnt.

Der deutschnationale Antrag auf Unterstützung der Privatschulen geht an den Unterrichtsausschuß.

Der Genosse Dr. Meyer beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den kommunistischen Antrag auf Hilfe für die Hungernden in Sowjetrußland zu setzen. Das wird durch die bürgerliche Mehrheit abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Strafverfahren gegen Abgeordnete, die drei Großen Anfragen über Personalpolitik des Ministers des Innern wegen des Vorgehens des Statistischen Landesamtes gegen republikanische Angestellte und über das Verhalten des Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann.

Die Untersuchung der Oppauer Explosionskatastrophe.

(Fortsetzung aus der gestrigen Nummer.)

Aussagen von Arbeitern.

Es wurde sodann in die Vernehmung der erschienenen Zeugen aus dem Betriebe der Anilinfabrik eingetreten. Der Arbeiter Neumann schildert in fließender Rede den Hergang des Produktionsprozesses. Er legt dar, daß seit Einführung des Prämiensystems nicht mehr so gewissenhaft gearbeitet wurde. Das Kochen der Salze geschehe lange nicht mehr mit der Sorgfalt wie früher. Die Masse käme in halbgekochtem Zustande zum Transport in den Silo, so daß eine Verbindung der Stoffe gar nicht stattfinden könne. Man hätte eben nicht genügend Zeit, um das Kochen abwarten zu können. Eine bestimmte Zeitdauer gäbe es für das Kochen überhaupt nicht, einmal würde lange, einmal nur sehr kurz gekocht. Vorschriftsmäßig müsse die Masse so lange kochen, bis sie restlos gerührt werden kann. Das sei aber unter dem Prämiensystem nicht mehr eingehalten worden. Wenn die Masse oben nur etwas flüssig war, wurde sie bereits zum Transport gebracht, das unten sitzengebliebene Salz habe man dann einfach zu der flüssigen Masse hinzugegossen. Nach seiner Meinung sei das eine große Gefahr, da hierdurch das Ammonitrat in Klumpen zusammenbleiben könne. Er habe auch die Ueberzeugung, daß der Stoff explosiv sei. Die Ausflußrohre haben sich stets kristallisiert. Dann mußten wir sie mit glühenden Eisenstangen aufschmelzen. Dabei sei stets ein Zischen hörbar gewesen und eine rote Stichflamme schoß aus den Löchern. Je fester man mit den Eisenstangen drückte, desto lauter wurde das Zischen, und desto größer die Flamme. Ein großer Mangel sei nach seiner Ansicht, daß die Herstellung des Produktes nicht im Beisein der Chemiker geschehe, sondern diese kämen nur ab und zu, um einige Minuten bei der Produktion zu verweilen. Die Produktion werde nur von Laien (Vorarbeitern) überwacht. Direktor Bosch bestreitet, daß das mangelhafte Kochen die Explosionsgefahr steigere, da ja beide Salze, wenn sie nur beieinander lagerten, die chemische Verbindung mit einander eingingen.

Auf Befragen des Arbeiterrates bestätigte der Aufseher der Firma Kratz, daß die alten Arbeiter der Firma, als sie beauftragt waren, einen Tag vor der Katastrophe im Silo zu arbeiten, dies verweigerten, da man in dem erstickenden Gase nicht arbeiten könne. Sie wurden daraufhin entlassen, und so kam es, daß in der Nacht vor und am Tage der Katastrophe nur neue Arbeitskräfte tätig waren, die mit der Arbeit nicht vertraut waren.

Ingenieurvolontär Küfer bestätigt auf Befragen des Arbeiterrates, daß an drei Stellen, wo er die Masse anbohrte, Dämpfe aufgestiegen sind. Des weiteren wird festgestellt, daß im Silo 110 seit Mai nicht mehr gesprengt wurde. Im April wurde das Silo leer gesprengt, dann wurde zum Spritzverfahren geschritten und in den Silo die Masse eingespritzt und jetzt erst am 20. September sollte zum erstenmal in dem Silo gesprengt werden. Das wurde von allen Zeugen, selbst von dem Gewerbeaufsichtsbeamten Dr. Stöppel, festgestellt. Später versuchte die Betriebsleitung dies zu bestreiten. Auf die Frage, wann zum letztenmal gesprengt wurde, konnte sie keine Auskunft geben. Abg. Remmele frägt, ob man vor Beginn der ersten Sprengung am 20. September erst Versuche gemacht hatte, da es sich doch um eine Produktionsänderung handle. Dies wurde von der Betriebsleitung verneint. Auch die Aufseher und die Arbeiter bestätigen, daß keinerlei Versuche und Proben angestellt wurden. Sprenggehilfe Wagner teilt auf Befragen mit: Sprengmeister Humbe rief am Morgen des Unglückstags am Telephon an, und ersuchte den Sprengtechniker Gentner, mit seinem photographischen Apparate zu kommen, er (Humbe) habe eine Sprengung vor. Dann sagte Humbe, er erreiche mit einem Schuß mehr als Gentner mit 25 oder 30 Schuß!

Abg. Remmele fragt nun den Sprengtechniker Gentner, ob er oder Humbe außer dem Gehalte noch besondere Vergütungen erhalten habe. Gentner zögert mit der Antwort, und die Betriebsleitung erklärt, daß besondere Vergütungen für Sprengungen nicht bezahlt wurden. Gentner erklärt alsdann, daß er einmal vor langer Zeit, nachdem er durch Sprengung ein Kamin umgelegt habe, für gute Leistungen eine geringfügige Summe erhalten habe. Hierauf frägt der Arbeiterausschuß, ob dem Sprengtechniker nicht bekannt sei, daß Humbe von der Firma Kratz „Aufmunterungsgelder" erhalten habe, da ja diese das höchste Interesse an großen Sprengungen gehabt habe, und ob Gentner von jener Firma nicht auch Gelder angeboten wurden. Diese Fragen verneint Gentner. Er hätte von der Firma Kratz nie Gelder empfangen, ob Humbe solche erhielt, wisse er nicht. Der Ausschuß beabsichtigt, die drei Fragen, die zu diesem Gebiete gestellt sind, dem Untersuchungsrichter zu überweisen. Dem widerspricht der Abg. Remmele, der verlangt, daß der Reichsausschuß alle Fragen, die zur Aufklärung der Ursachen der Katastrophe dienen, selbst zu prüfen habe. Dies lehnt der Ausschuß ab.

Die Anfrage des Abg. Remmele, ob im Betriebe, insbesondere im Silo, Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt seien, und ob die Arbeiter in den Silos unterrichtet waren von den Gefahren bei den Sprengungen, wurden von allen Arbeitern und Angestellten verneint. Der Aufsichtsbeamte Dr. Stöppel erklärt, daß für die Sprengungen gar keine Unfallverhütungsvorschriften beständen, und daß er auch keine Veranlassung gehabt hätte, solche zu erlassen, infolgedessen konnten auch keine ausgehängt sein. Der Vertreter der Fabrik- und Gewerbeinspektion widersprach der Auffassung des Aufsichtsbeamten. Für die Sprengungen in Fabrikanlagen kämen die allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften für Sprengungen in Steinbrüchen in Frage, sofern wegen der Gefährlichkeit mit jenem Stoffe keine anderen Vorschriften erlassen seien, und diese müßten mindestens ausgehängt sein.

Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses erklärt, daß sich nunmehr der Ausschuß auf 14 Tage bis drei Wochen vertagen müsse, da einige Mitglieder dringend abreisen müßten, einige Abgeordnete hätten Versammlungen übernommen, die schon lange festgesetzt seien usw. Dem widerspricht Abg. Remmele, da noch nicht die gröbsten Arbeiten erledigt seien. Mitten in den Vernehmungen der Zeugen wolle jetzt der Ausschuß seine Arbeiten einstellen. Der Ausschuß müsse sich die Zeit nehmen, die Arbeiten so gründlich wie möglich zu machen. Von den Mitgliedern des Ausschusses sei zu fordern, daß sie jetzt ihre anderen Arbeiten hintanstellen müßten. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind dagegen der Meinung, daß augenblicklich der Ausschuß nicht mehr viel tun könne. Die Sitzung werde auf einige Wochen vertagt, bis die Gutachten der Sachverständigen vorliegen, der Untersuchungsrichter weiter vorangeschritten sei usw. Der Fabrikdirektion, dem Arbeiterrat, den Sachverständigen, dem Untersuchungsrichter und dem Regierungskommissar soll der Fragebogen des Abg. Remmele zugestellt werden zur schriftlichen Gegenäußerung. Der Antrag Remmele, die von ihm genannten Sachverständigen zu laden, wird dahin geändert, daß diesen bestimmt formulierte Fragen zur schriftlichen Begutachtung vorgelegt werden. Remmele ersucht nochmals um Ladung, da das mündliche Verfahren doch andere Resultate zeitige als die schriftlichen Gutachten. Die Kommission beschließt, es zunächst bei den schriftlichen Gutachten zu belassen, und sich die Ladung auf die nächste Sitzung vorzubehalten.

Es werden alsdann noch zwei Kommissionen gebildet. Eine, die die Arbeiten, soweit sie am Orte notwendig werden, erledigen sollen, die von den Abgg. Hoffmann-Ludwigshafen (Zentrum), und Schwarz-Mannheim (USP.) gebildet ist. Die andere soll am gleichen Tage noch mit dem Regierungskommissar verhandeln, um die sozialen Maßnahmen der Gruppe IV der von Remmele gestellten Fragen zu behandeln. In diese Kommission werden bestimmt die Abg. Schwarzer, der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Hoffmann-Ludwigshafen und Remmele.

Hilfe für Sowjet-Rußland.

Aus dem Hungergebiet:

Im Gouvernement Saratow wurden zirka 1 000 000 Deßjatinen, d. h. 90 Prozent der geplanten Saatfläche, besät, also 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Ab 15. Oktober wird Nansens Organisation in Saratow 25 000 Kinder speisen.

In der Tataren-Republik traf die amerikanische Hilfsorganisation mit 3000 Pud Lebensmitteln zur Ernährung von 150 000 Kindern ein.

In der Tschuwaschen-Republik werden für 90 000 Kinder Speisehäuser errichtet.

Die Lage des Uralgebietes ist katastrophal. Kein Stückchen Brot ist vorhanden. Ganze Dörfer wandern nach der Ukraine aus. Infolge des Hungers sind zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen. In Uralsk befindet sich eine große Anzahl von verlassenen Kindern. Alle Kinderheime sind überfüllt.

In der Kirgisen-Republik sind 90 Prozent der Ernte vernichtet. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung sind dem bittersten Hunger preisgegeben. Ein großer Prozentsatz der Haustiere ist infolge des Hungers umgekommen. In Orenburg sind drei Speisestellen errichtet.

Im Kreise Pugatschow (Gouvernement Saratow) sind binnen 9 Tagen infolge des Hungers 123 Menschen erkrankt, 35 gestorben.

Im November werden 40 Sanitätszüge hungernde Kinder aus dem Wolgagebiet evakuieren. In nächster Zeit ist eine allrussische Hilfswoche für die hungernden Kinder geplant.

Die in Saratow stationierenden Rotarmisten haben 800 Kinder in Verpflegung übernommen.

Die von der amerikanischen Hilfsorganisation errichteten 20 Kinderküchen in Petrograd speisen täglich 14 000 Kinder. Demnächst werden weitere 40 errichtet, im ganzen sind 100 Küchen vorgesehen.

In Moskau ist Louise Weiß, die Vertreterin des französischen Roten Kreuzes, eingetroffen, zwecks Untersuchung der Hungerfrage und der Wege der Hilfeleistung.

---

dem Menschen zur Nahrung dienten. Flachsseide, Filzkraut, Malve, Farnkraut, Eichenblatt, irgendwelche „Hütchen".

„Mit einem Worte," erzählte der Bauer, „man aß alles, was auf der Erde wächst, was vor die Augen kommt, kommt in den Mund."

Einige Grasarten, z. B. der Sauerampfer und andere, wurden an Ort und Stelle roh gegessen, andere kamen „in die Küche" und wurden hier sortiert: die einen für Brot, die anderen — für warme Speisen.

Das Brot wird hauptsächlich aus Flachsseide, Filzkraut und Kreuzkraut bereitet. Man trocknet das Gras, stößt es zu Pulver, legt es dann ins Wasser und wirft „zur Festigkeit" eine Prise Mehl hinein. Und auch solches Brot können nicht alle bereiten, sondern nur die Auserwählten, die wenigstens eine Handvoll Mehl besitzen.

Die Zahl solcher Auserwählten wurde natürlich von Tag zu Tag kleiner. Man hört jetzt oft:

„Seit Ostern schon bekamen wir kein Brot zu sehen. Wie wir damals des Feiertages halber je ein Stückchen aßen, so blieb's auch dabei."

Mit Mehl macht man auch die sogenannte „Schmiere", das vorläufig am meisten verbreitete Gericht. Man kocht das Wasser auf, wirft eine kleine Handvoll Mehl hinein und — hierin besteht das ganze Rezept. Das Salz ist hier schon ganz aus dem Gebrauch gekommen. Das Resultat ist ein Ding, das bald Suppe, bald Nudeln heißt.

Das aus Blättern und Gras bereitete Brot ist hart und wahrhaft steinern; wie es der Magen verdaut, ist unbegreiflich, ein Geheimnis der russischen Natur. Seine Farbe ist entweder schwarz, „ähnenfarbig" oder grün. Von einer Nahrhaftigkeit zu sprechen, ist lächerlich. Im besten Falle ist es neutral, unschädlich, aber auch die schlimmeren Fälle sind nicht selten. Besonders „steinschwer" liegt das Brot aus Filzkraut im Magen. Unbedingt schädlich wirkt die Flachsseide.

Von der Flachsseide wird es finster vor den Augen, es ist wie ein Irrsinn, — erzählt ein Bauer.

Wir saßen einst auf der Freitreppe des Popenhauses, irgendeine Frau kam zu uns geeilt und erzählte, sich überhastend:

„Väterchen, schneller, um Gotteswillen, der Anjutka das heilige Abendmahl reichen!"

„Was ist mit ihr?"

„Das Brot hat ihr das Herz entzündet! . . . Vom Brot bekam das ganze Innere Feuer . . . Sie ist am Ende . . .!"

Der Pope zog mit Eile sein geistliches Kleid an. „Ich habe es immer bei der Hand!" sagt er im Weggehen und verschwindet hinter der Ecke. Er kam auch schnell zurück und erklärte uns in abgerissenen Sätzen, warum man ihn gerufen:

„Sie aß sich mit Flachsseide an . . . Sie wird sterben."

Gleich am Anfange des Sommers wurde die Hitze unerträglich. Die Gräser wurden gebraten. Und außerdem aß man sie auf. Schmackhafte blieben nur sehr spärlich. Nun fing die Gräserkrise an. Früher, in den brotreichen Jahren, gab es in diesem Kreis viele Ziesselmäuse, die viel Schaden anrichteten, man kämpfte gegen sie mit allen möglichen Haus- und „agronomischen" Mitteln, die aber sehr wenig halfen.

Es kam der Hunger und es war aus mit den Ziesselmäusen. Ein radikales Mitel gegen sie fand nicht der gelehrte Agronom, sondern ein kleines Bübchen: einst nahm er vor Hunger eine Ziesselmaus und aß sie auf. Es schmeckte. Er sagte es den anderen. Auch die anderen versuchten es, kurz gesagt, es ist jetzt leichter in diesen Steppen eine Auster zu finden, als eine Ziesselmaus, alle aß man sie auf. . .

Das scharfe Auge des Hungers beobachtet gierig ein jedes Gräschen, alles Lebendige und sucht es seiner Hungergier anzupassen.

Der ganz abgemagerte Bauer Anton kommt einst zum Nachbar und blinzelt auf Pelkanka, den ganz abgemagerten Hund.

„Ueberlasse ihn mir!"

„Zu was, zum Teufel brauchst ihn denn?"

„Und wozu nützt er dir?"

„Ich werde ihn brauchen können!"

„Hast wohl viel Futter?!"

Anton lächelt schlau: „Warum denn?!"

„Ich denke, er wird uns selber das Futter verschaffen."

Der Nachbar bekam von Anton nichts heraus, gab ihm aber den Hund, — es gibt ja sowieso nichts zu hüten.

Anton aß den Hund vor aller Augen auf, und seitdem verschwanden die Hunde aus dem Dorfe. Niemand verurteilte ihn, niemand wagte es, den Anton auszulachen. Man erzählt darüber einfach: „Alles Lebendige wurde aufgegessen . . ."

Warum aber vom Hunde sprechen?! Ein geschlachteter Hund wurde gewissermaßen für einen Leckerbissen gehalten. Man verzehrte jedwedes Aas, alle gefallenen Tiere.

Ein Bauer stahl eine Kuh, mit der Energie und Geschicklichkeit eines hungernden Diebes schlachtete er sie außerhalb des Dorfes und verschleppt das ganze in riesigen Stücken in einen verlassenen Keller. Salz hatte er natürlich keines. Es herrscht eine Höllenhitze. Das Fleisch wird natürlich in 2 bis drei Tagen aufrichig.

Das Verschwinden einer ganzen Kuh in einem hungrigen Dorfe ist natürlich ein Ereignis. Die ganze Einwohnerschaft suchte sie; sie blieb aber verschwunden. Endlich fand man sie zufällig nach dem „Geruche". Man konnte dem Keller nicht nahekommen. Das Rindfleisch verfaulte schon längst und wimmelte von Würmern. Es stellte sich aber heraus, daß der glückliche Dieb jeden Tag pünktlich in den Keller hinunterging und dort im Finstern sich vor „fremden Augen fürchtend" Stücke von diesem „Fleisch" herunterschnitt und es roh verschlang, samt den Würmern, war davon satt und blieb am Leben.

Daß die Bauern während des Hungers Holzrinde essen, haben schon alle gehört. Für das Dorf Ivanovka war aber in diesem Jahre auch Holzrinde nicht genügend vorhanden, die Gegend ist unbewaldet.

Man fing Holz zu essen an.

Man nimmt „einen möglichst jungen" Eichenzweig und zerhackt ihn mit der Axt in winzigkleine Stücke. Man erhält dadurch eine Art Sägepulver. Dann stellt man dieses Sägepulver auf eine Blechplatte in Dampf, stößt es im Mörser ganz klein und das „Mahl" ist fertig.

Diese förmlich „übernatürlichen" Magen von Ivanovka, sie sind wohl verzinnt, verdauen auch dieses Holzmehl.

Giftige Kräuter, allerhand Aas, Würmer, Holz, das ist Todesmenü der Bauern und nun hatte ich eine traurige Gelegenheit mit eigenen Augen zu sehen, wie Leute bei dieser unerhörten Menschenernährung sterben.

Des Morgens stand ich früh auf und ging um 5 Uhr auf den großen Kirchenplatz hinaus. Die Sonne war noch bronzen, aber die heraufsteigende Tageshelle war schon vorauszuahnen. Das Dorf war erst im Erwachen.

Aus dem kleinen Häuschen neben der Kirche kroch der Diakon hervor und wir setzten uns mit ihm auf die Lehnbank eines „reichen" Bauernhauses. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

Erwerbslosenunterstützung auf Kosten der Arbeiter.

Im „Reichsarbeitsblatt“ wird ein Entwurf einer geplanten Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Der Entwurf muß zwar noch einige Instanzen durchlaufen, ehe er dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann, doch muß die Arbeiterschaft heute schon ein scharfes Auge auf diese Bestrebungen haben, die dahin gehen, die Erwerbslosenunterstützung zu beseitigen. Durch die geplante Arbeitslosenversicherung sollen die Mittel, sowohl für den dazu nötigen bürokratischen Apparat und für die Unterstützung der Erwerbslosen, zu einem kleinen Teil durch Länder, Gemeinden und Unternehmer, zum größten Teil aber durch die Arbeiter selbst aufgebracht werden.

Die Arbeiterklasse soll nach diesem Projekt in Zukunft die Lasten der in der Zerfallsperiode des Kapitalismus immer schneller aufeinander folgenden Wirtschaftskrisen tragen. Das Unternehmertum und die kapitalistische Regierung hofft durch diese Maßnahmen einen Keil in die Arbeiterschaft treiben zu können. Die dauernde Entwertung der Mark wird eine ständige Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und der Verwaltungskosten nötig machen. Die von der Arbeiterschaft zu leistenden Beiträge zu dieser Versicherung müßten fortgesetzt erhöht werden und da die Arbeiter ohnehin schon kaum die nackte Existenz fristen, zur unerträglichen Belastung werden. Die kapitalistische Klasse hofft, daß sich die Erbitterung der Arbeitenden über diese neue Besteuerung gegen die Arbeitslosen richte.

Dieser Entwurf ist von demselben reaktionären Geiste getragen wie all die übrigen Entwürfe zur Knebelung der Arbeiterschaft, die vom Reichsarbeitsministerium ausgehen. Die Wahrung der Interessen eines profitgierigen Unternehmertums ist die einzige Richtlinie dieser Behörde.

Die Arbeiterschaft muß die ungeheuren Gefahren erkennen, die ihr von der Gesetzgebung der kapitalistischen Regierung drohen. Heute schon müssen alle Arbeiter, alle Gewerkschaften in geschlossener Front den Kampf gegen alle diese arbeiterfeindlichen Gesetzentwürfe aufnehmen.

Der Bergarbeiterverband gegen den Kartoffelwucher.

Die Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, die am 11. Oktober in Berlin tagte, nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Durch den unerhörten Wucher auf dem Kartoffelmarkt ist die Versorgung der Industriebevölkerung mit Kartoffeln in Frage gestellt. Die verlangten hohen Preise sind durch die Gestehungskosten in keiner Weise begründet. Die Erbitterung der Arbeiter, besonders der Bergarbeiter, bei denen die Einkellerung von Kartoffeln für den Winter üblich ist, steigt von Tag zu Tag. Die Erbitterung ist umso größer, da infolge der hohen Preise für Gemüse (Weißkohl, Schnittbohnen) auch hier eine Eindeckung für den Winter unterblieb. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, sind ernste Unruhen zu befürchten. Infolge Wagenmangels wird die Belieferung der Industriereviere mit Kartoffeln erschwert und der Wucher begünstigt. Indem die Reichsregierung auf die schweren Gefahren aufmerksam gemacht wird, ersuchen die Konferenzteilnehmer dringend, dem Wucher mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wird diesem nicht Einhalt geboten, sind die Folgen unabsehbar und die Verantwortung dafür fällt auf die Regierung.“

Wie gemeldet wird, herrscht unter der Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebiets eine außerordentliche Erregung über das völlige Ausbleiben der Kartoffelzufuhr. Bereits haben öffentliche Straßendemonstrationen stattgefunden.

Der Kampf gegen den Achtstundentag.

„Pro Arbeiter 10 Ueberstunden.“

Leuna und Höchst sind ein Kanal für das ganze deutsche Unternehmertum. Auch die Leipziger Scharfmacher versuchen auf ihre Weise den Achtstundentag entweder von vorn oder „von hintenrum“ abzuschaffen. So richteten z. B. die Leipziger Buchdruckereibesitzer ein Schreiben an das Gewerbeaufsichtsamt, in dem es heißt:

„Wir bitten ergebenst, das Gewerbeaufsichtsamt wolle den unterzeichneten Firmen in der gleichen Weise, wie es z. B. im Schneiderhandwerk erfolgt ist, pro Arbeiter und Woche bis zu 10 Ueberstunden zu genehmigen.“

Auf dem Wege der Ueberstunden will das Unternehmertum versuchen, die Arbeiterfront zu schwächen und zu durchbrechen. Die Arbeiter müssen in der gegenwärtigen Zeit, wo das brutale Unternehmertum seine finsteren Pläne verwirklichen will, auf diese Bestrebungen mit erhöhter Wachsamkeit achten und die Ueberstundenarbeit geschlossen ablehnen.

Eine gewichtige Gerichtsentscheidung über den Achtstundentag.

In vielen Betrieben versuchten die Unternehmer, durch besondere Vereinbarung mit den Arbeitern eine Abdingung des Achtstundentages, d. h. seine Beseitigung durch gütliche Vereinbarung zu erreichen. Nunmehr liegt über die Möglichkeit der Abdingbarkeit des Achtstundentages eine wichtige Entscheidung des Bayerischen Oberlandesgerichts vor, wonach der Unternehmer selbst dann strafbar ist, wenn er die acht Stunden überschreitende Arbeit des Arbeiters oder Angestellten, zu der sich dieser freiwillig erbietet oder herbeiläßt, in seinen gewerblichen Betrieben auch nur duldet.

Diese Entscheidung wird den Betriebsräten ein Rückgrat sein bei ihrer Verteidigung des Achtstundentages gegen die Versuche der Unternehmer, durch besondere Zugeständnisse den Willen der Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Achtstundentages zu schwächen.

Leider sind die Gegner des Achtstundentages nicht nur in den Reihen der Unternehmer zu finden, sondern, wie schon die Reden von Graßmann und Biedermann vor einigen Monaten in Hamburg beweisen, gibt es unter den SPD.- und Gewerkschaftsführern eine ganze Anzahl, die einer Aufhebung des Achtstundentages das Wort reden. So versteigt sich der rechtssozialistische Führer Max Cohen in der „Sozialistischen Agrarkorrespondenz“ zu folgender Auslassung:

„Es ist anzunehmen, daß uns das (die Erfüllung der Ententeforderungen) gelingt bei Anspannung aller unserer Kräfte, wenn jeder einzelne in Deutschland hergibt, was er hat, und nirgendwo zwei Leute arbeiten, wo einer die Arbeit leisten kann. Wir möchten aber sehr bezweifeln, daß wir mit aller Ehrlichkeit sagen, daß dies mit dem Achtstundentag möglich ist. Alle miteinander werden wir länger arbeiten müssen, und man darf annehmen, daß auch die deutsche Arbeiterschaft dazu bereit ist, wenn sie weiß, daß der Mehrertrag ihrer Arbeit nicht dem einzelnen zugute kommt, sondern zur Abtragung unserer auswärtigen Schuld benutzt wird.“

Also: die deutschen Arbeiter sollen im Interesse der deutschen und Ententekapitalisten länger und intensiver als bisher ausgebeutet werden. In der Tat, wir finden nichts anders, was diesen „Arbeitervertreter“ von den Artikelschreibern in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ trennt. Freilich, so lange die deutsche Arbeiterschaft sich derartige Führer gefallen läßt, so lange wird der Abwehrkampf gegen die Aufhebung des Achtstundentages nicht mit der nötigen Entschlossenheit und Schärfe durchgeführt werden.

Streik auf der Union, Dortmund.

Am 10. Oktober trat die Belegschaft der Union, Dortmund, in den Streik. Verhandlungen, die längere Zeit stattfanden, wurden durch das Werk provokatorisch abgebrochen. Direktor Klingenberg erklärte: Ein Verhandeln ist nur möglich, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird. Es kommen zirka 14 000 Mann in Frage. Die Hochöfen sind abgedämpft.

Streik der Leipziger Parkettleger.

Da die Arbeitgeber die geringen Lohnforderungen der Parkettleger ablehnten, hat diese Branche am 6. Oktober geschlossen die Arbeit niedergelegt.

Die Aussperrung der Thüringer Porzellanarbeiter.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Rudolstadt und Umgebung hat eine Verschärfung erfahren. Alle beteiligten Arbeiter sind von den Unternehmern fristlos entlassen worden. Nach einlaufenden Meldungen traten am 8. Oktober die letzten Betriebe des Thüringer Waldes in Streik und der Kampf beginnt auch auf die Porzellanindustrie Nordthüringens überzugreifen.

Es gärt im Deutschen Landarbeiter-Verband.

Die pommerschen Landarbeiter sind immer noch nicht im Besitz der Nachzahlung ihrer Lohnzulage ab 11. Februar, die ihnen nach dem abgeschlossenen Tarif zusteht, obwohl auch das Landgericht Greifswald in einem Urteil diese Nachzahlung den Landarbeitern zugesprochen hatte. Die Junker wollen erst das Reichsgericht anrufen.

Die Landarbeiter erkennen nun, daß alles das, was ihnen die Kommunisten voraussagten, eingetroffen ist. Die Erbitterung gegen die DLV.-Bürokraten, die die Erntestreiks verräterischerweise vorzeitig, ehe ein annehmbares Resultat erreicht war, abgebrochen haben, ist im Wachsen. Doch lassen sich immer weitere Kreise der Landarbeiter von den Kommunisten davon überzeugen, daß sie im Verband bleiben müssen, um diesen von Verrätern und unfähigen Führern zu reinigen und ihn zu einer mächtigen Waffe des Landproletariats zu machen.

So war es z. B. bisher unmöglich gewesen, den Einfluß der Rechtssozialisten in Lassum und Umgegend zu brechen.

Arbeiter! Bauern! Angestellte und Beamte!

Ihr wißt aus den Jahren des Krieges, wie Hunger quält und schmerzt. Ihr erinnert Euch noch des heißen Dankes gegen das russische Volk, da es als das erste den eisernen, fürchterlichen Ring des Krieges sprengte. Vier Jahre hat Sowjetrußland für das Weltproletariat gekämpft und gelitten. Heute muß das Weltproletariat für Sowjetrußland handeln und arbeiten.

*

Sammelt! Helft! Besonders in der internationalen Sammelwoche vom 9.—16. Oktober.

Umso erstaunter war unser Genosse Hesselbarth, als er kürzlich vom Vorsitzenden der DLV.-Ortsgruppe Lassum gebeten wurde, in der Versammlung am 1. Oktober ein Referat über „Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Revolution“ zu halten. Mit größtem Interesse folgten die Versammelten den Worten des Referenten. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der sofortige Neuwahl aller Verbandsfunktionäre verlangt, sowie schnellste Einberufung einer Generalversammlung fordert, zu welcher die Delegierten nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden sollen. Weiter verlangt der Antrag sofortige Kündigung des bisherigen Tarifvertrags und Einleitung einer neuen Lohnbewegung mit entsprechenden Forderungen. Einem Vorschlag aus der Versammlung, dahingehend, daß die Beiträge gesperrt werden sollten, wenn sich der Hauptvorstand weigere, die Forderungen durchzuführen, trat Genosse Hesselbarth entgegen. Durch ausdauernde Aufklärungsarbeit unter den Landarbeitern müsse das Ziel, den Verband kampffähig zu machen, erreicht werden.

Die Gründung einer kommunistischen Ortsgruppe von 32 Genossen, die Gewinnung von 30 Abonnenten des „Stürmer“, der Verkauf von 70 „Kommunistischen Landarbeiter“, 10 „Pflug“ und für 150 Mark Broschüren war das Resultat der Versammlung.

Aus der Buchdruckerbewegung.

Immer größer wird die Anzahl der Orte, in denen die Buchdrucker, von der Not gezwungen, in den Streik treten, um in lokalem Rahmen das zu erhalten, was ihnen das von den Verbandsvertretern abgeschlossene Kompromiß mit den Unternehmern fürs ganze Reich nicht brachte, nämlich einen Lohn, der zum Leben unbedingt notwendig ist. Eine schärfere Verurteilung der Vorstandstaktik ist nicht denkbar. Kürzlich sind die Buchdrucker in Flensburg in den Streik getreten. Jetzt meldet die Tel.-Union:

Bielefeld, 15. Oktober.

Hier sind die Buchdruckergehilfen in den Ausstand getreten. Die Leitung der sozialdemokratischen „Volkswacht“ hat die Forderungen der Arbeitnehmer unter Vorbehalt bewilligt. Von den bürgerlichen Verlegern wird eine Notzeitung unter dem Titel „Vereinigte Bielefelder Tageszeitung“ herausgegeben.

In Hamburg.

Die Front der Arbeiter des ganzen graphischen Gewerbes steht unerschüttert. In einer Versammlung der Buchdrucker am Sonntag wurde beschlossen, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis die 430,— M. Minimum restlos bewilligt sind. Bis jetzt haben 50 Betriebe mit 600 Gehilfen die Forderungen bewilligt. Die Unternehmerfront bröckelt ab.

In Harburg.

Am 15. Oktober sind die Buchdrucker Harburgs in den Streik getreten.

In Flensburg.

Die Unternehmer haben 20,— M. Zulage geboten. Die Gehilfen lehnten dies ab und kämpfen weiter um ihre Forderungen.

In Unna (Westfalen).

Die Buchdruckergehilfen von Unna sind in den Streik getreten.

In Erfurt.

In Erfurt ist der Streik beendet. Die Forderungen der Gehilfen sind von den Prinzipalen restlos bewilligt worden.

Aus der Partei.

Organisatorische Aufgaben.

Wenn die Kommunistische Partei Deutschlands die ihr durch die historische Entwicklung gestellten Aufgaben bewältigen will, dann muß sie insbesondere die schon begonnene Mobilisierung ihrer eigenen Reihen fortsetzen. Es ist klar, daß in einer erst seit einigen Monaten als Massenorganisation bestehenden Kommunistischen Partei noch viele zur Aktivität fähigen Kräfte brach liegen.

Sie konnten in der kurzen Zeit noch nicht alle mobilisiert werden. Die Zeit macht es jetzt aber zur unbedingten Notwendigkeit, daß jeder Genosse und jede Genossin, welche nicht nur zahlende Mitgliedsbuch-Kommunisten sein wollen, überall, im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Wohnhaus, in der Genossenschaft usw. zu einem Prediger und Organisator des Kampfes werde. Die schon aktiven oder zur Aktivität bereiten Genossen müssen in jeder Ortsgruppe, jedem Betrieb, jeder Gewerkschaft usw. besonders zusammengefaßt werden. Für ihre Aufgaben müssen sie geschult und mit Material versehen werden. Und schließlich müssen sie zum Herz und Hirn und den planmäßig tätigen Gliedern der großen Massenpartei werden, zu dem Teil der Kommunistischen Partei, der ihren wesentlichen Inhalt, die revolutionäre Tätigkeit verkörpert und bestimmt.

Den Eintritt verlangenden ehrlichen revolutionären Arbeitern kann die Kommunistische Partei ihre Tore weit öffnen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die jetzt zu uns kommen, sind Kämpfer oder wollen Kämpfer werden.

Es versteht sich, daß wir gleichzeitig uns wehren müssen gegen die unehrlichen Elemente, die Spitzel und Provokateure, die sich einzudrängen versuchen.

Ebenso selbstverständlich ergibt sich aus dem bisher Gesagten, daß wir trotz der neuen Schwierigkeiten unsere Presse und Literatur in noch größerem Umfange wie bisher unter die Massen bringen müssen. Wo die alten Wege dafür versperrt sind, müssen neue eingeschlagen werden.

Im ganzen erfordern die Aufgaben der Partei auch auf organisatorischem Gebiet von den dafür verantwortlichen Parteikörperschaften und Genossen die höchste Aktivität und eine starke Initiative.

Bezirk Hannover.

Der Bezirk Hannover umfaßt jetzt 103 Ortsgruppen mit einem Mitgliederbestand von zirka 8000. Im allgemeinen ist eine Zunahme an Mitgliedern in den letzten Wochen zu verzeichnen. Es hat zum Beispiel der Ortsverein Hannover im letzten Quartal 400 Mitglieder gewonnen, der Ortsverein Braunschweig 120. Im letzten Quartal wurden neu gegründet drei Ortsgruppen mit 12, 17 und 26 Mitgliedern. Dabei ist bemerkenswert, daß in diesen Orten bisher die SPD. herrschte und ein Kommunist noch nicht zum Wort gekommen ist. In diesen neuen Mitgliedschaften wurden sofort 78 Abonnenten für die Parteizeitungen gewonnen.

Die Zusammenfassung der Mitglieder zu Zehnergruppen, sowie zu Fraktionen in den Betrieben, läßt noch viel zu wünschen übrig. Gut sind dagegen die Gewerkschafts-Fraktionen. Auch die Bergarbeiter-Fraktion arbeitet sehr lebhaft. Fraktionen in dem Mieter- und Sportverein sind noch nicht geschaffen.

Bezirk Ostpreußen.

Aus dem Bezirk Königsberg wird gemeldet, daß nach der Aufhebung des Belagerungszustandes die Partei sofort in eine öffentliche Versammlungskampagne eintrat und an dem Ausbau der Organisation herangetreten ist. Der Bezirk wurde eingeteilt in Unterbezirk Königsberg, Allenstein, Insterburg und Elbing. Die Einteilung in die Unterbezirke wird eine intensive Bearbeitung des Landes ermöglichen.

Die vom Parteitag beschlossene Beitragserhöhung stieß in der Stadt Königsberg im Anfang auf Widerstand, der aber inzwischen von den Genossen aufgegeben wurde, da sie die Notwendigkeit der Beitragserhöhungen einsahen.

Kommunistische Fraktionen sind in allen größeren Betrieben gebildet. Die Genossen sind bemüht, diese Fraktionsbildungen auch in Mittel- und Kleinbetrieben durchzuführen. Die Betriebsfraktionen wurden zu einer Fraktionszentrale zusammengefaßt. Gewerkschaftsfraktionen sind in allen größeren Verbänden gebildet.

Internationale Hilfe für Sowjetrußland.

Bulgariens Hilfe für die Hungernden.

Die bulgarische Regierung faßte folgende Beschlüsse zugunsten der Hungernden in Rußland:

1. Alles für die Hungernden bestimmte Getreide aus Bulgarien passiert zoll- und frachtfrei die Grenze.
2. Sämtliche Wohltätigkeitskomitees Bulgariens werden ermächtigt, Sammelstellen von Geld-, Getreide- und Kleidungsspenden für die Hungernden einzurichten.
3. Die lokalen Behörden sind angewiesen, diesen Wohltätigkeitsinstitutionen, sowie den Vertretern des Roten Kreuzes jede Unterstützung zu gewähren.
4. Die bulgarische Regierung ist bereit, 20 000 Hungernde aus Rußland bei sich aufzunehmen.

600 000 norwegische Kronen für Sowjetrußland.

Dem tagenden Parlament ist eine Depesche Nansens eingegangen, in dem er um die Bewilligung von 600 000 Kronen ersucht, wie dies in seinem Hilfsplan vorgesehen ist. Das Parlament hat auf Vorschlag des Außenministers Ralstad die 600 000 Kronen bewilligt. Damit erreicht die Summe des norwegischen Staates zur Linderung der Hungersnot in Rußland 1 300 000 norwegische Kronen.

Schwedens Hilfe für die Hungernden.

Kürzlich traf eine offizielle Delegation des Schwedischen Roten Kreuzes in Moskau ein, um die Organisierung einer Speisehalle in Moskau oder Saratow vorzubereiten, in welcher täglich ungefähr 1000 Kinder gespeist werden sollen. Die Delegation führt Lebensmittel sowie die neueste medizinische Literatur mit sich, die sie dem Kommissariat für Gesundheitswesen zur Verfügung stellte.

Die Hilfsaktion des Proletariats Oberschlesiens.

Wie die oberschlesische „Rote Fahne“ berichtet, hat Oberschlesien in seiner Spende für die Hungernden in Sowjetrußland die ersten 100 000 Mark überschritten. Trotz der kargen Löhne, trotz der großen Teuerung, die in Oberschlesien herrscht, trotz der Hetze gegen Sowjetrußland haben die oberschlesischen Proletarier ohne Unterschied der Nation nach besten Kräften Solidarität mit den russischen Proletariern geübt.

Breslauer Nachrichten.

KPD., Ortsgruppe Breslau.

Die für Dienstag, den 18. Oktober, einberufene Mitgliederversammlung findet wegen der am gleichen Tage stattfindenden Metallarbeiterversammlung schon am Tage zuvor, den 17. Oktober, im gleichen Lokal (Gambrinussäle, Lange Gasse) statt.

Der Referenten-Abend findet unter Leitung des Gen. Melzer am Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Büro statt. Die Ortsleitung.

Demonstration der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat für Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, auf dem Schloßplatz eine Demonstration einberufen. Die Not der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ist ins Ungemessene gestiegen. Durch die große Geldentwertung und dadurch, daß die Renten und Bezüge gar nicht erhöht, im Gegenteil in vielen Fällen abgebaut wurden, sind die „Helden des Vaterlandes“ mit ihren Angehörigen in die größte Not geraten.

Hoffentlich erkennt jetzt der Reichsbund, daß bei aller Notwendigkeit auch in der kapitalistischen Gesellschaft das Bestmöglichste herauszuholen, diese Gesellschaft, die lebt in Saus und Braus, niemals den Kriegsopfern geben wird, was sie brauchen. Deshalb müssen sie erkennen, daß auch hier nur das Radikalmittel, die endgültige Beseitigung dieser Gesellschaft, helfen wird.

Die Ursache der verspäteten Zeitungslieferung.

liegt, wie unsere Leser aus unten abgedrucktem Schreiben vom Breslauer Paketpostamt ersehen, nicht am Verlag, sondern an der Beförderung durch die Post. Auf unsere am 4. Oktober erfolgte Beschwerde erhielten wir von dieser folgendes Schreiben zugestellt:

Paketpostamt. Breslau, den 11. Oktober 1921.
Zum Schreiben vom 4.

Bei dem ungeheuer starken Paketverkehr, der jetzt schon seit Wochen andauert und in seinen Ausmaßen bereits den üblichen Weihnachtsverkehr der früheren Friedensjahre übersteigt, sind trotz vermehrter Beförderungsmittel Anstauungen unterwegs und deshalb Verzögerungen in der Ueberkunft der Sendungen unvermeidlich. Mit einer Aenderung wird erst gerechnet werden können, wenn die jetzige Geschäftssteigerung nachläßt und der Verkehr wieder in die gewöhnlichen Bahnen einlenkt.

Wir nehmen hierin auf die Zeitungsberichte über die außerordentliche Verkehrssteigerung Bezug.

(Unterschrift unleserlich.)

Wir bitten unsere Kolporteure und Leser, uns für ein sich etwa wiederholendes verspätetes Erscheinen der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ nicht verantwortlich zu machen und demzufolge mit ihren Beschwerdeschreiben an uns zurückzuhalten. Für einen Kommunisten darf auch dieser Mißstand kein Hinderungsgrund sein, an der Fortentwicklung unserer Presse mitzuarbeiten. Wir müssen vielmehr gerade wegen allen Schwierigkeiten, die sich uns hindernd in den Weg stellen, unsere Intensität steigern und der kommunistischen Idee die Wege ebnen.

Der Verlag.

Lebensmittelverteilung.

Vom 13. bis 25. Oktober 1921 auf Nährmittelmarke 249: 1 Pfund Grieß 3,20 Mark, nur in den letzthin bekanntgegebenen 24 Verkaufsstellen.

Die Bekanntmachung der Lebensmittelverteilung an den Anschlagsäulen erfolgt nicht mehr.

Breslau, den 10. Oktober 1921.

Stadtverteilungsstelle.

Aus der Provinz.

Die Schweidnitzer Sipo und der Stahlhelm.

Vergangene Woche weigerte sich eine hier liegende Hundertschaft, bei einer Uebung den Stahlhelm aufzusetzen. Die Sipo-Beamten in Schweidnitz, die ganz besonders von einem Offizierkorps, das stockreaktionär ist, gedrillt werden, hatten schon lange gegen diese militaristischen Umtriebe anzukämpfen versucht. Die Regierungsstellen schmeißen aber nicht diese Monarchisten aus dem Polizeikörper der Republik, sondern wollen die Hundertschaft entlassen. Bis jetzt sind die Beamten außer Dienst gesetzt, bis der Polizeiminister entscheidet.

Propaganda-Woche für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vom 19. bis 26. Oktober.

In der Werbewoche darf keine Propagandagelegenheit für unsere Presse verstreichen, darf kein Genosse untätig sein. Alle Parteigenossen, alle Genossinnen, alle Sympathisierenden, alle Kolporteure, alle Zeitungsausträgerinnen, sie müssen unermüdlich wirken. Keine Gastwirtschaft, in der Arbeiter verkehren, kein Friseurgeschäft ohne „Schlesische Arbeiterzeitung“.

Zehnergruppenführer an die Front! Stellt Eure Gruppe in der Propagandawoche in den Dienst der Presse. **Jeder Kommunist verpflichtet sich, mindestens einen Abonnenten zu gewinnen.** Gewonnene Abonnenten erhalten die Zeitung für den laufenden Monat gratis geliefert.

Auch an diesem Beispiel ersehen wir, daß selbst die siebenmal gesiebten Sipobeamten den Kasernendrill und die Felddienstübungen satt haben. Es ist an der Zeit, daß das an Zahl viel zu hohe Offizierkorps gründlich gereinigt wird.

Wie man Gewerkschaften zerschlägt.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband veröffentlicht seinen Jahresbericht. Besonders beachtenswert sind die Ausgaben, die er über die Mitgliederbewegung macht. Er schreibt:

Das Jahr 1919 schloß mit einem Mitgliederbestand von 624 935. Am Schluß des zweiten Vierteljahres 1920 waren es 773 112 Mitglieder, am Schlusse des vierten Vierteljahres 1920 nur 680 124 Mitglieder.“

An anderer Stelle heißt es im Bericht:

„Wir haben nach dem Kassenergebnis bei den Eintrittsgeldern seit der Revolution bis Ende des Jahres 1920 1 070 618 Neuaufnahmen gemacht.“

Da der Verband bei Kriegsende 18 932 Mitglieder zählte, so müßte er zuzüglich der Neuaufnahmen 1 089 541 Mitglieder haben. Er hatte aber am Ende des Jahres 1920 nur 680 124 Mitglieder, so daß sich die Tatsache ergibt, daß 409 417 Landarbeiter und Landarbeiterinnen den Verband wieder verlassen haben. Man muß nun zwar berücksichtigen, daß bei allen Gewerkschaften eine gewisse Fluktuation nicht zu vermeiden ist, Abgänge kommen vor durch Tod und Uebertritt in andere Berufe. Aber die Austrittszahlen, die sich aus diesen Erscheinungen ergeben, betragen niemals mehr als einige wenige Prozente. Hier zeigt sich aber ein Mitgliederverlust von annähernd 40 Prozent.

Diese Tatsache muß allen Arbeitern zu denken geben. Die deutsche Landarbeiterschaft ist eine Arbeiterschicht mit sehr geringer politischer und gewerkschaftlicher Schulung, aber sie ging in die Revolution mit einem hellen revolutionären Klasseninstinkt, der sie vor allen anderen Arbeiterschichten auszeichnete. Sie erwarteten von der Revolution vor allen Dingen eine Verbesserung ihrer Lebenslage und darum strömten sie in den Verband. Die Leitung des DLV. hatte aber nichts anderes zu tun, als den Kampfwillen der Landarbeiter zu dämpfen und bildete zu diesem Zweck oft genug eine gemeinsame Front mit den Junkern gegen die Landarbeiter. Dadurch wurde das Vertrauen des Landproletariats zu seiner berufenen Organisation gewaltig erschüttert und die Landarbeiter, die eben begonnen, sich in die organisatorische Front der deutschen Arbeiterklasse einzureihen, verließen enttäuscht den Landarbeiter-Verband.

Die Zahlen im Jahresbericht des DLV. bedeuten eine Warnung an die Instanzen der deutschen Gewerkschaften. Gewaltige, bisher unorganisierte Massen sind nach der Revolution in die Gewerkschaften geströmt. Machen die Gewerkschaftsführer keinen ernsthaften Versuch, die Abwälzung der Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern des Proletariats mit allen Mitteln zu verhindern, so wird den übrigen Gewerkschaftsorganisationen das gleiche Schicksal bevorstehen wie dem DLV. Die breiten Massen werden das Vertrauen zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen wieder verlieren und werden die Verbände verlassen. Eine gewaltige Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung wäre die Folge. Dieser Zerfall der Gewerkschaften kann nur verhindert werden, wenn sie sich energisch und zielbewußt für die Abwehr aller Verschlechterungen der proletarischen Lebensverhältnisse einsetzen, unbekümmert um das Geheul der Unternehmer. Die Gewerkschaftsleitungen dazu zu zwingen, daß sie diesen Weg einschlagen, das ist die Pflicht aller derjenigen Arbeiter, denen die Einheit und Schlagkraft der deutschen Freien Gewerkschaften am Herzen liegt.

Aus dem Waldenburger Revier.

Bergarbeiter vor dem Schweidnitzer Schwurgericht.

Es vergeht keine Schwurgerichtsperiode, ohne daß nicht eine Anzahl revolutionärer Arbeiter, die die Interessen ihrer Kollegen vertretend, angeblich mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen, vor den Schranken der bürgerlichen Justiz erscheinen müssen. Die objektiven Richter und Staatsanwälte ließen sich gestern bezahlen von der Regierung Wilhelms und scheuen sich nicht heute in den Dienst der Republik zu stellen, obwohl sie ganz gewiß in ihrer Gesinnung noch stramme Anhänger der Monarchie sind. Die Begünstigung der Kapprebellen, die Unterstützung der Arbeitermörder, die Zuchthausurteile der Ausnahmegerichte bestätigen dies zur Genüge.

Am 13., 14. und 15. Oktober verhandelte das Schwurgericht in Schweidnitz gegen die Bergarbeiter **Stejskal,**

Die große Militärparade in Moskau.

Von Fritz Heckert.

Schwere Wetterwolken hängen am Septemberhimmel, bald regnet es, bald hat es den Anschein, als wollte die Sonne den Tag erobern. So wie der Septemberhimmel ist auch die politische Atmosphäre, die auf Rußland lastet. Nach längerem Zögern halten es die Börsenwölfe Frankreichs für angebracht, wieder mit offenen Karten zu spielen. Sie wollen den Krieg. Den Krieg zum Sturz der Sowjetmacht. Sie wollen den Krieg, um aus dem hungrigen Leib Rußlands die Goldmilliarden herauszupressen, die sie dem Henkerzaren und seinen bourgeoisen Helfershelfern einstens liehen und so ihrerseits zu dem großen Weltverbrechen beitrugen.

Der Hunger wütet in zehn Provinzen Rußlands. Männer, Frauen und Kinder sterben. Es ist, als ob das Leid, das diesem Volke aufgebürdet wird, ohne Ende sein soll. Hunger macht keine zufriedenen Menschen. In Rußland rührt sich, was sich rühren kann, um den Hungertod zu besiegen. Hilferufe stoßen die Hungernden aus in ihrer höchsten Not. Die Arbeiter hören die Rufe und eilen zu Hilfe. Die christliche Bourgeoisie aller kapitalistischen Länder läßt von ihren Pfaffen und Journalisten schreien und schreiben: An dem Hunger sind die Bolschewiki schuld. Nieder mit dem verruchten Sowjetsystem. Sie reden auch von Hilfe. Aber ihre Hilfe besteht darin, daß die französischen Börsenhyänen Herrn Noulens an die Spitze einer Untersuchungskommission setzen, die prüfen soll — in Rußland —, wie den Hungernden „zu helfen sei“. In der gleichen Zeit schicken aber diese Herren Waffen und Munition nach Rumänien und Polen, pressen sie die rumänische und polnische Regierung zu einem neuen militärischen Ueberfall. Die Hilfskommission mit Herrn Noulens an der Spitze zeigt, was sie ist, eine Bande gemeiner Spione und konterrevolutionärer Agenten, die Rußlands Not ausnützen will zu einem Ueberfall. Was schert die Börsenjobber, daß sich das Volk in Hungerkrämpfen windet. Sie sind um ihre Goldmilliarden besorgt. Der Hunger in Rußland soll ihnen der Knecht sein, der ihnen die Milliarden wieder zuträgt.

Wehrlos soll das russische Volk sein. — Eine Rote Armee existiere nicht mehr. — Aufstände machen die Bauern. — So schreiben die Ententeimperialisten in allen ihren Zeitungen. Natürlich. Es ist nur ein kleiner Spaziergang von Warschau oder Bukarest nach Moskau. Die russischen Bauern werden mit Begeisterung die Befreier aus dem Westen begrüßen, und die Volkskommissare in Moskau werden wie der Wind in Nacht und Nebel verschwinden. — Das ist die Rechnung, die man in Frankreich macht. Auf ihrer Grundlage will man das Spiel wagen. Die Banden des Balachowitsch, des Jeligowski, des Sawinkow, des Petljura und einiger anderer Strauchdiebe von ähnlichem Kaliber werden ausgerüstet mit französischer Munition und französischen Gewehren, werden besoldet mit französischen Franken und brechen in Sowjetrußland ein.

Aber anders ist es, als die Spieler in Paris meinen. Die Arbeiter und die Bauern, deren Stimmung von der Not gedrückt ist, sie sehen es klar und deutlich: Die Banden, die Polen und Rumänen, getrieben von den französischen Imperialisten, sie kommen nicht, um am Wiederaufbau Rußlands zu helfen. Sie bringen nicht Brot und Kleidung. Sie wollen rauben und plündern, sie wollen stören und vernichten, sie wollen die Not größer und unerträglicher machen, sie wollen nicht die Ordnung, sie wollen die Anarchie.

Ein Wutschrei durchzittert das Land. „Nieder mit den Verderbern“, ruft der Arbeiter. „Hinaus mit den Räubern“, ruft der Bauer. Durch alle Provinzen Rußlands geht eine Woge der Verbrüderung der Bauern und Arbeiter zur Verteidigung der Sowjetmacht. Der Hunger und das Elend schweißt alle zusammen gegen die, die das Elend und den Hunger noch größer machen wollen, gegen die, die als Hilfe für die Hunger den Noulens schicken wollen und mit ihm die Petljura, die Balachowitsch, Sawinkow und Jeligowski. Der Menschewist Pilsudski ist Diktator in Polen geworden. Die Menschewisten Martow und Kautsky wünschen nichts sehnlicheres, als den Sturz der Sowjetmacht. Vielleicht begrüßen sie es, wenn ihr Freund Pilsudski marschiert. Sie werden damit dem Bolschewismus nicht ein Haar krümmen. Die Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland wissen, was sie von den Menschewiki zu erwarten haben.

Ueber den Roten Platz in Moskau fluten die Roten Regimenter Stunde auf Stunde dahin. Zu vielen Zehntausenden sind sie versammelt. Und sie sehen reisig aus. In neuen Stiefeln und neuen Mänteln. Sie tragen neue Musketen und ihre Kanonen sind in Ordnung. Sie führen Panzerautos und riesige Tanks in ihren Zügen. Das diplomatische Korps, das in Moskau residiert, ist versammelt. Von der Tribüne weithin über den Platz, über die unzähligen Soldatenköpfe, rauscht die Stimme Trotzkis:

„Genossen! Der Feind hat uns eine Drohnote geschickt. Er will unsere Not ausnutzen, um uns in tiefste Sklaverei zu pressen. Er will uns den Frieden nehmen, den wir so notwendig brauchen. Die Wucherer und die Börsenwölfe haben sich mit allen politischen Abenteurern verbunden und bereiten einen Einfall in unser Land vor. Sie haben keine Hilfe für die Hungernden, sie wollen von den Hungernden noch nehmen. Wir wollen den Frieden und sind bereit, Konzessionen zu machen. Aber wir wollen verhandeln, Gleiche zu Gleichen. Wir lassen uns auch in unserer Not nicht befehlen. Wir sind bereit, den Frieden zu halten, man soll uns nur ungestört lassen. Aber das wollen sie nicht. Sie meinen wir sind wehrlos, es gebe keine Rote Armee mehr. Genossen! Noch ist der Tag nicht gekommen, wo wir das Schwert in den Hammer umschmieden können. Es liegt nicht an uns. Die imperialistischen Staaten haben ihre Journalisten und Spione unter uns. Wir laden sie ein zu schauen, ob wir noch eine Armee haben. Wie in Moskau, so finden in den anderen Städten Rußlands heute die gleichen Paraden statt. Wir wollen den Frieden, aber wir sind nicht ungerüstet, wenn man uns überfällt.“

Brausende Hurras tönen wie Meeresbranden über den weiten Platz. Laut dröhnen die Klänge der Internationale.

Die Augen der Fremden weiten sich. Ihre Ohren hören den Herzschlag der Soldaten. Sie fühlen, daß Rußlands Bauern und Arbeiter daß seine Rote Armee entschlossen sind, den Ueberfall abzuwehren. Was werden sie an ihre Auftraggeber berichten? Die Regimenter marschieren ab. Es dröhnen ihre Schritte auf dem harten Pflaster. Ueber ihren Köpfen wehen die Roten Banner. Die trotzigen Fahnen, die die Niederlagen des Judenitsch, des Kornilow, des Dutow, des Semenoff, des Denikin, des Koltschak und des Wrangel sahen. Sollen sie neue Schlachten durchziehen oder sollen sie fernerhin in Frieden wehen? Wer weiß es? Es wird kein Kronstadt mehr in Rußland geben. Wenn Frankreich den Polen und den Rumänen schickt, dann kann die Armee marschieren und sie wird marschieren, getragen von dem Willen von 100 Millionen Bauern und Arbeitern, die die Freiheit und den Frieden wollen, die jetzt schon zornentbrannt rufen: „Nieder mit den fremden Räubern!“

Wenn die Arbeiterschaft in Europa ihre Pflicht tut, dann braucht die Rote Armee Rußlands Grenzen und seine Wirtschaft nicht mit ihrem Blute verteidigen, dann wird Frieden bleiben. Dann wird man das Schwert in Rußland in einen Pflug verwandeln, um den Hunger zu töten. Ein Mahnruf für den Frieden und die Arbeit war der Tag der Parade der Roten Armee. Wir hoffen, daß sich sein Sinn nicht zu ändern braucht.

Ein Nichts zu sein tragt es nicht länger.
Heer der Sklaven wache auf!

verklingt die Weise der Internationale in der Ferne.

Kupper, Wälze, Heidenreich, Roßner und Mangold. Sie sind angeklagt des schweren Landfriedensbruchs.

Im Waldenburger Revier hatten die Bergarbeiter nach der Revolution durchgesetzt, daß am 1. Mai die rote Fahne auf den Schächten gehißt wird. Die Bergverwaltungen waren sogar soweit entgegengekommen, daß sie selbst die roten Fahnen im Werk anfertigen ließen.

Die Scharfmacher witterten aber wieder Morgenluft und verboten einen Tag vor dem 1. Mai 1921 den Aufzug der Fahne. Die Arbeiter der Gruben hißten die Fahnen aber trotzdem. Die Direktion gab aber die Anweisung, die Fahne herunterzuholen. Bei der Demonstration am 1. Mai wurde nicht erreicht, die Fahne wieder hochzuziehen. Als der Belegschaft am 2. Mai bekannt wurde, daß auf den Fürstenschächten die Fahne zur Sühne wieder gezogen wurde, demonstrierte am 3. Mai früh die Belegschaft der Schwesernschächte, um die Fahne ebenfalls wieder auf dem Schachtturm aufzuziehen. Durch das ablehnende Verhalten, durch das Herunterholen der Fahne durch die Beamten, die Provokation des Hüttenvereins und die Frechheit und Brutalität der Unternehmer im Waldenburger Revier brachte es mit sich, daß der Direktor Benninghof gezwungen wurde, die rote Fahne durch Nieder-Hermsdorf zu tragen.

Die Bank der Geschworenen zieren Volksrichter, die gewöhnlich nichts wissen von dem Leiden und den Bestrebungen der Arbeiter. **Unter den 21 Geschworenen ist ein einziger Arbeiter.** Die Geistesverfassung der Geschworenen wurde noch beeinflußt durch die völlig einseitig zuungunsten der Angeklagten geführte Verhandlung.

Es sind im ganzen gegen 90 Zeugen geladen. Die Angeklagten sind noch nicht vorbestraft und bis auf zwei Dissidenten.

Als erster wird Kamerad Stejskal vernommen. Stejskal erfreut sich der besonderen Liebe des Vorsitzenden. Derselbe kann es nicht verstehen, daß ein „junger Bursche" von 20 Jahren den Wortführer bei Demonstrationen mache. Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft können eben nur verstehen, daß ihre Söhne als Leutnants in der Manier grüner Jungens alte Leute anführten. St. gibt an, daß er von der Belegschaft aufgefordert sei, weil er bei früheren Versammlungen bekannt wurde. Die älteren Kameraden sind durch die schwere Arbeit wortkarg und deshalb sprechen jüngere Leute, die noch nicht so von der Alltagssorge niedergedrückt sind. St. gibt zu, daß er nach Aufforderung Ansprachen gehalten habe, in denen er verlangt hat, daß die Arbeiter zusammenstehen müssen, damit auf Grund der Maivorgänge durch Maßregelungen keine neuen Arbeitslosen geschaffen werden. Durch das Verhalten der Direktion sei die Erregung der Kameraden zu verstehen. Er habe die Forderung, als Sühne die Fahne erneut zu hissen und die versäumte Zeit zu bezahlen, als voll berechtigt unterstützt. Er habe versucht, die Menge zu beschwichtigen, sei aber durch das ablehnende Verhalten der Beamten daran verhindert. Wenn er auf die Freilassung der politischen Gefangenen und auf den Kampf des russischen Proletariats hingewiesen hat, so sei das eine Sache, auf die die Arbeiter nicht oft genug aufmerksam gemacht werden können. Kamerad Kupper war als Zahlstellenleiter und Ersatzbetriebsrat von seinen Kameraden beauftragt, gewissermaßen als Kontrolle der Betriebsräte mitzuverhandeln. Er betonte, daß der Direktor Benninghausen durch sein ablehnendes Verhalten den berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber, und durch sein Verhalten in der Bezirks-Arbeitsgemeinschaft dazu beigetragen hat, daß eine Erbitterung gegen ihn und die Werksleitung herrschte. U. a. habe er durch Einsetzen von den Arbeitern mißliebigen Aufsehern diese direkt provoziert. Die Vorfälle seien nur vorgekommen, weil der Direktor die Forderungen der Arbeiter auf Hißung der roten Fahne brüsk abgelehnt habe. Es erweckt den Anschein, als ob direkt ein Landfriedensbruch provoziert sei. Es sei ein Unding, einen Vertrauensmann der Arbeiter anzuklagen, der auf Grund seines Amtes sich von Demonstrationen nicht drücken kann, oder wie der Vorsitzende des Gerichts meint, sich schlafen legen soll. Vertrauensleute der Arbeiter haben an der Spitze zu sein.

Es kommt zu einem Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden, der wie auch dem Kameraden Stejska dem Kameraden Kupper in der rüdesten Weise „freches Benehmen" usw. vorwirft. Dieser Vorsitzende, der Typ eines ultrareaktionärs und verknöcherten Bürokraten, den die Behörde der Republik bald entlassen sollte, benimmt sich den Belastungszeugen gegenüber ganz anders. Diesen zieht er Aussagen über angebliche begangene Straftaten direkt aus der Nase.

Die Verhandlung geht weiter.

KPD., Ortsgruppe Breslau.

Dienstag, den 18. Oktober, abends pünktlich ½8 Uhr findet in den Gambrinussälen, Lange Gasse (Metze) eine wichtige

Mitglieder-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. **Referat des Genossen Melzer über das Programm in Görlitz.**
2. **Delegiertenwahl zum Bezirks-Parteitag.**
3. **Geschäftsbericht der Ortsleitung.**
4. **Die Rote Woche.**

Zu dieser Versammlung müssen alle Mitglieder mit ihren Frauen erscheinen.

Die Zehnergruppenführer haben extra einzuladen.

Die Ortsleitung.

Streik der Bergleute zur Unterstützung der Porzellanarbeiter?

Die Porzellanarbeiter im Waldenburger Revier stehen seit über einer Woche im Streik. Sie sind dazu gezwungen worden durch die ablehnende Haltung der Unternehmer. Diese machen durch ihre Auslandslieferungen und durch die hohen Preise ihrer Produkte im Inland riesenhafte Gewinne. Durch ihre Devisenspekulationen haben sie die Not ihres Vaterlandes ausgenützt und an der Entwertung der Mark hervorragend mitgewirkt. Daß auf Grund dieser Entwertung die Kosten der Lebenshaltung gestiegen und die Reallöhne gesunken sind, wollen sie nicht zugeben. Sie bezahlen lieber große Konventionalstrafen aus ihren Wuchergewinnen und sagen dann, daß durch „wilde Streiks" die Lieferfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigt wird. Die Forderungen der Porzellanarbeiter sind mehr als berechtigt.

Dies haben auch die übrigen Arbeiter, insbesondere die Bergarbeiter, erkannt. Diese verlangen, daß sie in eine Solidaritätsaktion zugunsten der Porzellanarbeiter eintreten, damit die Unternehmer und die Reichsvermittlungsstellen von ihrer ablehnenden Haltung Abstand nehmen. In einer großen Funktionärkonferenz sollen die Vertreter aller Berufsgruppen am Freitag Stellung nehmen, in welcher Weise der Kampf der Porzellanarbeiter zu unterstützen ist. Die Bergarbeiter sind gewillt, mit allen Mitteln in die Bewegung einzugreifen.

Versammlungskalender.

KPD. Ortsgruppe Fellhammer veranstaltet am Sonntag, den 16. Oktober, im Gasthof „Zum Maxrauschacht", Neu-Lässig, einen Familienabend. Sämtliche Mitglieder der Ortsgruppen des Unterbezirks Waldenburg sind dazu herzlichst eingeladen. Anfang 5 Uhr. **Der Vorstand.**

Ortsgruppe Lehmwasser. Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kloß. Wichtige Tagesordnung. Genossen, erscheint alle und pünktlich und legt endlich den Stumpfsinn ab.

Der Aktionsausschuß.

Achtung! Ortsgruppe Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 16. Oktober 1921, vorm. 9 Uhr in Finsterbrunn Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Parteitages der SPD. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. 3. Rußland-Hilfe. 4. Organisatorisches und Verschiedenes. Genossen, da die Versammlung sehr wichtig ist, erwartet der Vorstand vollzähliges Erscheinen.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 16. Oktober Bannerweihe der Ortsgruppe Nieder-Hermsdorf. Diejenigen Ortsgruppen, welche bereits Einladungen erhalten haben, werden ersucht, sich punkt halb 2 Uhr am Flora-Bassin einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1956 und 1957.

Werbt Abonnenten für die „Schles. Arbeiterztg."

Private und Händler finden Gelegenheitsposten Tuche, Stoffe, Reste nur Breitestraße 1011 • Zühlke.

Wiederverkäufer kaufen billig und gut Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung usw. bei E. Lehnert, Breslau, Poststr. 7. Musterversendung p. Nachn. v. 100 M. an. Preisliste gratis.

Liebich-Theater. Täglich 7½ Uhr: Das große Oktober-Programm.

Anzeigen haben in der „Schles. Arbeiterzeitung" den größten Erfolg.

Für Flechten-Kranke? Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten Flechtenheil in 8 bis 14 Tagen. Zahlreiche Bestätigungen. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark. F. Müller, Heilmittelgen. Bremen, Große Krummenstraße 23. Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Wo? kaufe ich am billigsten: Gummiband, Hosenträger, Leinen-Köper, Schürzenband, Schneidermaasse, Miederschippe? bei L. Lehnert, Breslau, Posts. 3. Großpreisliste gratis. Größter Spezialhandel.

Möbel aller Art zu streng soliden Preisen L. Rosner, Schmiedebrücke 3

Max Landsberg Gräbschener Straße 27 empfiehlt preiswerte Anzüge, Ulster, Raglan, Schlüpfer, Joppen, Hosen, Konfirmanden- und Kinderanzüge sowie Hüte in großer Auswahl

Die besten u. billigsten Anzüge vollständig außer Konkurrenz. Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung, bekommen Sie nur Nikolaistr. 48 am Königsplatz im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus. Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen. Inhaber: Hermann Partetzke

Anzug Kostümstoffe Mantel

Neu eingetroffen:

Große Posten Damen-Mantelstoffe

Es ist erwiesen, daß die Preise rapide steigen. Die unabsehbar enorm große Preissteigerung empfiehlt den schnellsten Einkauf. Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, zu meinen bekannt billigen Preisen zu verkaufen.

Anzug-, Raglan- und Paletotstoffe in großer Auswahl.

Tuchgroßhandlung und Ausschnitt THEODOR ANGRESS Körner-Straße 6-8 Breslau 13

Streng reelle Bedienung. Große Auswahl.

Muster werden nicht versandt. Verkaufszeit vorm. 8–7 Uhr nachm.